



II-2216 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
 DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
 Tel. (0222) 66 15/0
 DVR: 0000019

ZI.353.100/0-III/4/84

22. Jänner 1985

An den
 Präsidenten des Nationalrates
 Anton BENYA

1005/AB

1985 -01- 22

Parlament
 1017 W i e n

zu 1013/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dobesberger Edith, Dr. Nowotny, Remplbauer, Köck, Elmecker, Resch, Ruhaltinger, Höll, Neuwirth, Hochmair, Dipl.Ing. Dr. Keppelmüller, Leithenmayr, Prechtl, Teschl und Genossen haben am 27. November 1984 unter der Nr. 1013/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für das Bundesland Oberösterreich in der laufenden Gesetzgebungsperiode gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen und Leistungen des Bundes für das Bundesland Oberösterreich wurden bisher in der XVI. Gesetzgebungsperiode bereits gesetzt?
2. Welche Maßnahmen und Leistungen des Bundes für das Bundesland Oberösterreich sind in der XVI. Gesetzgebungsperiode noch geplant?"

Ich beehe mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Maßnahmen der Bundesregierung, die für das Bundesland Oberösterreich in der XVI. Gesetzgebungsperiode gesetzt bzw. noch geplant sind, nach den einzelnen Ressorts getrennt dargestellt.

Zu den Fragen 1 und 2:

- 2 -

Bundeskanzleramt

Obwohl durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 1984 die Agenden der Sektion IV des Bundeskanzleramtes mit 1. Jänner 1985 dem nunmehrigen Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr übertragen wurden, werden die bis Ende des Jahres 1984 erbrachten Leistungen für das Bundesland Oberösterreich nach der auch zum Zeitpunkt der Fragestellung gültigen Kompetenzverteilung - nämlich beim Bundeskanzleramt - angeführt.

Die Bundesregierung war auch in der XVI. Gesetzgebungsperiode bemüht, Maßnahmen zu setzen, die eine gedeinliche wirtschaftliche Entwicklung im Bundesland Oberösterreich gewährleisten. Hierbei wurde insbesondere auf die Sicherung bzw. Neuschaffung von Arbeitsplätzen Bedacht genommen.

Im Rahmen des Instrumentariums der bundesweiten Finanzierungs- und Förderungseinrichtungen wurde eine breite Palette oberösterreichischer Industrie- und Gewerbebetriebe gefördert. In diesem Zusammenhang darf auf den Ausbau des regionalen Förderungsinstrumentariums hingewiesen werden:

Gemeinsame Förderung industriell-gewerblicher Investitionsprojekte in Problemgebieten auf der Grundlage des Staatsvertrages gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich (BGBI.Nr. 147/1984, in Kraft seit 16.3.1984)

Gemeinsam mit dem Land Oberösterreich wurden folgende Sonderförderungsaktionen für oberösterreichische Problemgebiete eingerichtet:

- a) Gemeinsame regionale Sonderförderungsaktion zur Schaffung von Arbeitsplätzen ("100.000,-- Schilling-Aktion")

Arbeitsplatzschaffende, hochwertige Investitionen werden mit einem Zuschuß von bis zu S 100.000,-- pro neugeschaffenem Arbeitsplatz gefördert.

- 3 -

b) Koordinierte regionale Zinsenzuschußaktion

Zusätzlich zum 3 %-Zinsenzuschuß des Landes im Rahmen der "Aktion zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Oberösterreichs" zahlt der Bund für Investitionsprojekte in Problemgebieten einen Zinsenzuschuß von 2 % der aushaftenden Kreditsumme.

Aus diesen beiden Aktionen wurden bisher für 16 Investitionsprojekte in einer Gesamthöhe von rund 400 Mio. S die jeweiligen Förderungsanträge positiv erledigt. Mit diesen Investitionsvorhaben werden etwa 210 - 240 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus der "100.000,-- Schilling-Aktion" werden 4 dieser Projekte mit Zuschüssen in Höhe von rund 14 Mio. S (davon 7 Mio. S aus Bundesmitteln) gefördert. Für 15 Projekte wurden Anträge auf zinsgestützte Kredite in Höhe von insgesamt rund 66 Mio. S positiv erledigt. Beide Aktionen sind vorläufig mit Ende 1985 befristet. Bis dahin kann mit einer Förderung in ähnlicher Größenordnung wie 1984 gerechnet werden.

Berggebiets-Sonderaktion

In den entwicklungsschwachen Problemgebieten - auch in Oberösterreich - werden seit 1979 vom Bund innovative, den regionalen Verhältnissen angepaßte wirtschaftliche Initiativen aus dem Kreis der örtlichen Bevölkerung (in kooperativer Organisationsform) durch Zuschüsse von bis zu 50 % der Projektkosten bzw. bis zu S 1 Mio. gefördert. Bisher wurden in Oberösterreich 16 Anträge (Gesamtsumme S 17,5 Mio. Förderungssumme insgesamt S 7,6 Mio.) positiv erledigt, davon etwa ein Drittel in der laufenden Legislaturperiode. Für den Rest der Legislaturperiode ist mit einer Inanspruchnahme in ähnlicher Größenordnung zu rechnen.

Regionalbetreuer-Sonderaktion

Zur Unterstützung der Bevölkerung bei der Entwicklung von eigenen Initiativen zur Lösung der regionalen Wirtschaftsprobleme werden im Oberen und Unterer Mühlviertel (seit 1983) sowie in den oberösterreichischen Eisenwurzen (seit Ende 1984) vom Bund bezahlte Regionalbetreuer eingesetzt.

- 4 -

Grundsatz der Bemühungen zur industriellen Umstrukturierung war und ist die Absicht, Maßnahmen zu setzen, die geeignet sind, die Konkurrenzfähigkeit oberösterreichischer Industriebetriebe im Inland aber vor allem auch im Ausland abzusichern bzw. zu verbessern. Die Anpassung der Produktionsstrukturen an die Veränderungen weltwirtschaftlicher Gegebenheiten wurde in diesem Sinne insbesondere von dezentralen industriellen Förderungsstellen, dem ERP-Fonds und der IOP-Aktion, beobachtet.

Die für Firmen im Bundesland Oberösterreich in der laufenden Gesetzgebungsperiode bisher bewilligten ERP-Kredite sowie die dadurch ermöglichten Gesamtinvestitionen und neu geschaffenen Arbeitsplätze sind auf der beiliegenden Aufstellung sektorenweise dargestellt (siehe Beilage I).

Beispielsweise sei darauf hingewiesen, daß durch die Förderung der Austria Aluguß Ges.m.b.H. in Ranshofen 183 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Die BMW-Motoren Ges.m.b.H. in Steyr wurde in 2 Projektsphasen umfassend gefördert, wobei Ende 1983 1.100 Personen beschäftigt waren und nach Abschluß des Investitionsprojektes voraussichtlich 1.800 Personen Beschäftigung finden werden.

Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes im Raum Steyr konnte auch durch die Förderung der Steyr-Daimler Puch AG geleistet werden.

Mit der Förderung des Neubauprojektes der Firma Telefunken in Braunau wird auch in dieser Region ein Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes geleistet.

Im Nachfolgebetrieb von Eumig-Kirchdorf, der Peter Brockhaus Produktion Druck- und Spritzguß Ges.m.b.H. konnte durch die Unterstützung dieser neuen Produktion die Sicherung von 193 Arbeitsplätzen erreicht werden; inzwischen sind weitere Neueinstellungen erfolgt.

Auch die Chemiefaser Lenzing AG sowie die Steyrermühl Papierfabriks- und Verlags AG werden bei ihren Umstrukturierungsbemühungen umfassend unterstützt.

- 5 -

In der XVI. Gesetzgebungsperiode wurden an die in Oberösterreich ansässigen Unternehmungen der verstaatlichten Industrie, das sind die VOEST-Alpine AG, Chemie Linz AG, Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG, und die Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks AG, aus dem ÖIAG-Finanzierungsgesetz BGBl.Nr. 589/83, bilanzwirksam zum 31.12.1984 folgende Mittel zugeführt:

	1983 in Mio. S	1984 in Mio. S	Summe in Mio. S
VOEST-Alpine AG	3.000	2.500	5.500
Chemie Linz AG	500	500	1.000
<u>VMW R-B</u>		500	500
Summe	3.500	3.500	7.000

Es ist aber darauf hinzuweisen, daß diese Unternehmen sowohl Betriebsstandorte als auch Konzernunternehmen (z.B. VEW) außerhalb Oberösterreichs haben, sodaß eine regionale Zuordnung der Mittel nicht erfolgen kann.

In den Jahren 1983 und 1984 wurden der Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks AG (WTK) insgesamt 22,1 Mio. S sowie der Salzach-Kohlenbergbau Ges.m.b.H. (SAKOG) insgesamt 17,2 Mio. S aus Mitteln der Bergbauförderung gewährt.

Diese Beispiele verdeutlichen, daß die Bundesregierung in der Vergangenheit gezielte Maßnahmen gesetzt bzw. eingeleitet hat, um eine gedeinliche Wirtschaftsentwicklung im Bundesland Oberösterreich zu gewährleisten.

Die in den kommenden Jahren zu setzenden Maßnahmen werden von der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich bzw. in Europa abhängen, doch kann schon jetzt davon ausgegangen werden, daß die Leitlinien der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, wie sie in den vergangenen Jahren Geltung hatten, auch in nächster Zukunft verfolgt werden.

- 6 -

Das Instrumentarium der bundesweiten Finanzierungs- und Förderungseinrichtungen wird daher auch in Zukunft zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes, zur Förderung der Umstrukturierung der Wirtschaft und insbesondere der Industrie Österreichs sowie zur Sicherung einer befriedigenden Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Obwohl bei den Aktivitäten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten grundsätzlich gesamtösterreichische Interessen im Vordergrund stehen, werden doch auch spezifische Leistungen für einzelne Bundesländer erbracht. Das in Zusammenarbeit mit den Außenhandelsstellen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und den anderen zuständigen Bundesdienststellen fortgesetzte Bemühen zur Förderung der österreichischen Exporte sowie die Unterstützung der Anliegen der österreichischen Firmen gegenüber dem Ausland sind in vielen Fällen ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen auch im Bundesland Oberösterreich.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die anderen jeweils zuständigen Ressorts bemühen sich insbesondere, den Freihandel zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften auszubauen und die Zusammenarbeit mit den EG auf neue Bereiche auszudehnen. Ein jährlich neu auszuhandelnder Stanlbriefwechsel dient der Sicherung der traditionellen österreichischen Stanlexporten in den EG-Raum. Seit 1.1.1984 sind auch die österreichischen Papierexporte in die EG völlig liberalisiert. Auf dem Agrarsektor konnte für eine Reihe von Gütern gewisse Erleichterung bei der Einfuhr in den EG-Raum erreicht werden.

Auf vertragsrechtlichem Gebiet lässt sich folgendes als für das Bundesland Oberösterreich relevant anführen:

Vertrag zur Änderung des Vertrages vom 31. Mai 1967 über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der österreichischen Grenze beim Bau von Staustufen und Grenzbrücken ergeben:

Aufgrund des am 27. November 1984 erfolgten Austausches der Ratifikationsurkunden tritt dieser österreichisch-deutsche Vertrag am 1. Februar 1985 in Kraft. Damit wird der Anwendungsbereich des Stammvertrages im beiderseitigen Interesse auf andere Grenzbauwerke wie Grenztunnel, Dämme,

- 7 -

Staumauern und Geländeeinschnitte sowie auf den Betrieb dieser Grenzbauwerke ausgedehnt. Diese Vertragsänderung stellt einen weiteren Ausbau der verkehrstechnischen Verflechtungen zwischen Österreich und der BRD dar.

Im Mai 1983 wurde in Lindau ein neues Abkommen über den Kleinen Grenz- und Ausflugsverkehr zwischen Österreich und der BRD paraphiert. Ein einziger Artikel wird im Rahmen des normalen diplomatischen Weges derzeit noch abgeklärt.

Das neue Abkommen soll wesentliche Verbesserungen gegenüber dem derzeitigen Zustand, wie etwa die fünfjährige Gültigkeitsdauer der Grenzübertrittsausweise, erleichterte Grenzübertrittsregelungen im Hinblick auf die Schaffung von Touristenzonen für den Winter- und Sommersport, bringen. Im Falle Oberösterreichs würde dies besonders für das obere Mühlviertel vorteilhaft sein.

Bundesministerium für Bauten und Technik

In den Bereich dieses Ressorts fallen folgende Maßnahmen:

Staatlicher Hochbau:

Im Bereich des staatlichen Hochbaus wurden in der XVI. Gesetzgebungsperiode bisner (bis Ende 1984) mehr als 1 Mrd. S ausgegeben.

Die größeren Bauvorhaben gliedern sich wie folgt:

	Gesamtkosten in Mio. S
Schulen der Unterrichtsverwaltung	573,0
Schulen der Wissenschaftsverwaltung	130,0
Bauten für die Landesverteidigung	426,4
Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	74,6
Sonstige Bundesbauten	334,2

- 8 -

Weiters wurden für den Flughafen Linz im Interesse der Zivilluftfahrt, der Militärluftfahrt und der Flugsicherung im November 1983 Grundflächen im Ausmaß von 251.575 m² um über S 32,7 Mio. gekauft. Die Objektsablöse durch die Flughafen Linz Betriebsgesellschaft m.b.H. an der der Bund zu 50 % beteiligt ist, kostete S 8,5 Mio.

Über die sich in Planung befindlichen Bauvorhaben sind Angaben, weil der Rahmen vom Gesetzgeber vorgegeben wird, nur für 1985 absehbar. Die Bauprogramme des staatlichen Hochbaues sehen für 1985 Ausgaben von S 462 Mio. in Oberösterreich vor.

Weitere größere Bauvorhaben sind in Planung:

	Gesamtkosten in Mio. S
Schulen der Unterrichtsverwaltung	459,0
Schulen der Wissenschaftsverwaltung	320,0
Bauten für die Landesverteidigung	248,0
Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	60,0
Sonstige Bundesbauten	432,0

Straßenbau:

Für den Neubau und die Erhaltung der Bundesstraßen in Oberösterreich wurden im Jahre 1983 1.381 Mio. S und im Jahr 1984 1.572 Mio. S ausgegeben. Laut Bauprogramm 1985 sind für Neubau und Erhaltung der Bundesstraßen in Oberösterreich Ausgaben in der Höhe von 1.632 Mio. S vorgesehen und bei gleichbleibendem Mineralölsteuereingang dürften die Ausgaben im Janre 1986 etwa gleich hoch wie 1985 sein.

Welche Großbauvorhaben auf den Bundesstraßen S und B in der laufenden Gesetzgebungsperiode noch begonnen werden können, kann derzeit noch nicht gesagt werden.

- 9 -

Für Umweltschutzmaßnahmen auf Bundesstraßen in Oberösterreich wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode bisher rd. 18 Mio. S ausgegeben und bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode sind noch Ausgaben in Höhe von ca. 75 Mio. S vorgesehen.

Technischer Bereich:

In der XVI. Legislaturperiode wurden im Rahmen des Technischen Versuchswesens im Bereiche des Bundeslandes Oberösterreich an Förderungswerber zur Durchführung von Forschungsvorhaben bisher Förderungsmittel in der Höhe von rd. 2,49 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Bundeswasserbauverwaltung wurden nach den Bestimmungen des WbFG Bundesmittel für vorbeugende Maßnahmen zum Schutze vor Donauhochwasser im Jahre 1983 1,381 Mio. S gewährt.

Zu erwähnen ist auch, daß in sämtlichen Vermessungsämtern im Bundesland Oberösterreich der Grenzkataster im Wege der Grundstücksdatenbank geführt wird.

Die Grundstücksdatenbank stellt ein gemeinsames Projekt des Bundesministeriums für Bauten und Technik und des Bundesministeriums für Justiz dar. Ziel des Projektes ist die zentrale Speicherung der Daten des Grenzkatasters und des Grunbuches und deren dezentrale Führung in den Vermessungsämtern und Grunbuchgerichten mittels Datenfernverarbeitung unter Wahrung der gesetzlichen Zuständigkeiten.

Die Unterstützung von Forschungsvorhaben im Rahmen des Technischen Versuchswesens wird nach Maßgabe ihrer Förderungswürdigkeit und der zur Verfügung stehenden und genehmigten Mittel fortgesetzt werden.

Im Rahmen der Bundeswasserbauverwaltung sind für die Jahre 1985/1986 Bundesmittel nach den Bestimmungen des WbFG in der Höhe von 1,6 Mio. S vorgesehen.

Die gesetzlichen Aufgaben des Maß-, Eich- und Vermessungswesens werden wie bisher weiter durchgeführt werden.

- 10 -

Wohnungswesen:

Im Jahre 1983 flossen dem Land Oberösterreich aus Mitteln der Wohnbauförderung 1968 rund 2,18 Mrd. S an Bundesmitteln zu. Mit diesen Mitteln wurde 1983 die Errichtung von 3.698 Wohnungen mit einer Gesamtdarlehenssumme von 853,5 Mio. S gefördert.

Im Jahre 1984 flossen dem Land Oberösterreich aus Mitteln der Wohnbauförderung 1968 bisher gleichfalls rund 2,18 Mrd. S an Bundesmitteln zu.

Weiters erhielt das Land Oberösterreich in den Jahren 1983 und 1984 aus Mitteln des Wohnungsverbesserungsgesetzes je 36,35 Mio. S an Bundesmitteln.

Im Jahr 1983 wurden unter Verwendung der Mittel 8.119 Verbesserungen in Wohnungen mit Annuitätenzuschüssen in der Gesamthöhe von 283 Mio. S gefördert.

Nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 haben der Bund und das Land Oberösterreich in den Jahren 1983 und 1984 die Errichtung von 1.511 Wohnungen gefördert.

Im Rahmen des Startwohnungsgesetzes wurden bereits 50,90 Mio. S als zinslose Kredite zur Schaffung von 90 Startwohnungen zugesichert. Von diesen wurden bereits 59 Wohnungen fertiggestellt und bezogen (32,65 Mio. S), 31 Wohnungen sind noch im Bau (18,25 Mio. S).

Im Rahmen der Stadterneuerung wurden 4,52 Mio. S zugesichert.

Für das Jahr 1985 werden dem Land Oberösterreich aus Mitteln der Wohnbauförderung 1968 (bzw. Wohnbauförderung 1984) rd. 2,4 Mrd. S an Bundesmitteln zur Verfügung stehen. Nach dem Wohnhaussanierungsgesetz werden dem Land Oberösterreich im Jahr 1985 voraussichtlich rd. 87,6 Mio. S zufließen.

- 11 -

Von den nach dem Bundessonderwohnbaugesetz 1983 zu fördernden 5.000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, entfallen auf das Land Oberösterreich 886 Wohnungen.

Im Rahmen des Startwohnungsgesetzes sind ca. 125 Startwohnungen um ca. 70 Mio. S geplant.

Wasserwirtschaftsfonds:

In der XVI. Gesetzgebungsperiode wurden vom Wasserwirtschaftsfonds bisher für das Land Oberösterreich zur Errichtung bzw. Erweiterung von 34 Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen Fondsmittel in der Höhe von 687,5 Mio. S bereitgestellt, wodurch ein Bauvolumen von rd. 1.010,8 Mio. S initiiert wurde.

Im Jahre 1985 sind für 103 Bauvorhaben rd. 1.175 Mio. S Fondsmittel mit rd. 1.808 Mio. S Baukosten vorgesehenen.

Es ist damit zu rechnen, daß für das Bundesland Oberösterreich auch in den nächsten Jahren der XVI. Gesetzgebungsperiode Förderungsmittel vor- aussichtlich in gleicher Höhe bereitgestellt werden können.

Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz

Aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode für das Bundesland Oberösterreich folgende Leistungen erbracht:

<u>Für Familienbeihilfe</u>	Mio. S
1. Jänner bis 31. Dezember 1983	4.223,0
1. Jänner bis 31. Dezember 1984	4.212,8

für Geburtenbeihilfen

1. Jänner bis 31. Dezember 1983	284,0
1. Jänner bis 31. Dezember 1984	220,0

- 12 -

für Schulfahrtbeihilfen

Schuljahr 1981/82	53,4
Schuljahr 1982/83	42,2

für Schülerfreifahrten

Schuljahr 1982/83	499,8
Schuljahr 1983/84	508,6

für Schulbücher

Schuljahr 1982/83	172,9
Schuljahr 1983/84	171,1

für den Beitrag zum Karenzurlaubsgeld

für Mutter-Kind-Paß

für Unterhaltsvorschüsse xx)

für Beiträge zur Schüler-Unfallversicherung

für Entbindungsbeiträge

für Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld xx)

für Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz)

Die Förderungsbeträge für Familienberatungsstellen im Bundesland Oberösterreich aus Bundesmitteln betrugen:

1. Jänner bis 31. Dezember 1983	2,0 Mio. S
1. Jänner bis 31. Dezember 1984	2,5 Mio. S

xx) Trennung nach Bundesländern ist nicht möglich.

Im Bereich der Jugendförderung im Land Oberösterreich, die bis 31.12.1983 noch in der Kompetenz des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst gelegen war, wurden folgende Förderungen gewährt:

1983.....S	260.000,--
1984.....S	160.000,--

- 13 -

Aus Mitteln des Bundesjugendplanes wurden im Jahr

1983.....S 28.430.000,--

1984.....S 25.577.750,--

für die im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen und die österreichischen Jugendherbergseinrichtungen zugeschlossen.

Da diese Mittel in der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Organisationen ausgegeben werden, können die auf das Land Oberösterreich entfallenden Anteile ziffernmäßig nicht herausgestellt werden.

Da Förderungsmaßnahmen nur nach entsprechend begründeten Ansuchen gesetzt werden, kann eine Vorschau leider nicht gegeben werden.

Bundesministerium für Finanzen

Seitens dieses Ressorts wurden folgende Leistungen erbracht:

Die BUWOG erhielt für den Wohnungsbau in Oberösterreich im Jahre 1983 5,5 Mio. S an Bundesdarlehen gewährt.

Flughafen Linz Betriebsges.m.b.H.:

Die wesentlichen Investitionen auf dem Flughafen Linz-Hörsching werden im sogenannten Treuhandvermögen, also im Namen und für Rechnung der beteiligten Gebietskörperschaften (Bundesanteil 40 %) finanziert. Zur Finanzierung der laufenden Ausbauvorhaben auf dem Flughafen Linz-Hörsching sind in der laufenden Legislaturperiode aus dem Bundeshaushalt im Jahr 1983 S 24,040 Mio. geleistet worden, die Zahlungen aus dem BVA 1984 werden voraussichtlich S 12 Mio. betragen. Weitere S 12 Mio. sind im BVA 1985 enthalten.

Ennskraftwerke AG, Steyr:

Die Republik Österreich (vertreten durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie) ist am Grundkapital der Ennskraftwerke AG mit

- 14 -

50 % beteiligt; dem Bundeshaushalt ist im Jahr 1984 ein Dividendenbetrag von S 3 Mio. zugeführt worden, der zur Gänze als Kapitaleinzahlung an die genannte Gesellschaft verwendet worden ist.

Weiters wurden für den Mineralölverbrauch in landwirtschaftlichen Betrieben des Bundeslandes Oberösterreich seit 1983 Mineralölsteuervergütungen in folgender Höhe geleistet:

1983	203 115 480 S
1984	202 452 079 S
ab 1985 rd.	202 000 000 S
jährlich	

Die Auszahlung der Vergütungen erfolgte bzw. erfolgt durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Durch das Bundesgesetz vom 7.3.1984, BGBl.Nr. 128, wurde für Betriebsneugründungen in begünstigten Gebieten eine Sonderinvestitionsprämie geschaffen. Das Land Oberösterreich ist von den Städten mit eigenem Statut mit der Stadt Steyr und mit Ausnahme von Eferding, Linz-Land und Weißland mit allen politischen Bezirken in der Liste der begünstigten Gebiete vertreten.

Die politischen Bezirke Braunau, Freistadt, Perg, Rohrbach, Schärding und Steyr-Land wurden zur Gänze und die politischen Bezirke Gmunden, Grieskirchen, Kirchdorf, Ried, Urfahr-Umgebung und Vöcklabruck wurden mit einzelnen aufgezählten Gemeinden in die Anlage des Investitionsprämiengesetzes als begünstigte Gebiete aufgenommen.

Werden in begünstigten Gebieten nach dem 31. Dezember 1983 gewerbliche oder industrielle Produktionsstätten neu errichtet, so kann nach Maßgabe der Bestimmungen des Investitionsprämiengesetzes das Unternehmen für bewegliche, körperliche und ungebrauchte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens eine Investitionsprämie von 40 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten geltend machen.

Aufgrund des Investitionsprämiengesetzes wurden im Jahre 1983 S 526,802.467,-- und im Janre 1984 (Jänner - Oktober) S 354,800.557,-- an Investitionsprämien an das Bundesland Oberösterreich ausgeschüttet.

- 15 -

Weiters wurden bzw. werden für die oberösterreichischen Finanzdienststellen für Einrichtungs- und Maschinenankauf folgende Mittel aufgewendet:

	XVI. Gesetzgebungsperiode (bisher)	XVI. Gesetzgebungsperiode (Rest)
Maschinen und maschinelle		
Anlagen	S 1.560.000,--	S 3.000.000,--
Büromöbel und Ausstattung	S 3.830.000,--	S 7.500.000,--
Sonderanlagen	S 260.000,--	S 1.000.000,--

Übernahme der Verpflichtung zur Schadloshaltung der FGG nach dem Garantiegesetz 1977 für 10 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von S 172.524.900,--.

Inanspruchnahme der Verpflichtung zur Schadloshaltung der FGG nach dem Garantiegesetz 1977 mit S 5.920.594,85.

Inanspruchnahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fonds-Gesetz mit S 7.804.631,68.

Gewährung von Sanierungszuschüssen und Überbrückungskrediten gem. § 1 b Abs. 2 Garantiegesetz 1977 an 3 Firmen in Höhe von S 1.822.000,--. Im Rahmen der TOP-Aktion wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode durch Bundesmittel zinsgestützte Kredite in Höhe von rd. 826 Mio. S an oberösterreichische Unternehmungen gewährt. Damit wurden im Land Oberösterreich 31 technologisch und marktmäßig hochwertige Projekte im industriell-gewerblichen Bereich gefördert und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen.

Eine weitere Zusammenstellung der Aktivitäten des Bundes für das Land und die Gemeinden Oberösterreich ist als Beilage II und III angeschlossen.

Im Zeitraum 1985 bis 1987 werden rund 61 Mio. S an Bundesdarlehen für die Finanzierung der in Planung befindlichen Bauvornaben der BUWOG in Oberösterreich erforderlich sein.

- 16 -

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz getroffenen Maßnahmen legistischer und administrativer Art sind grundsätzlich gleichermaßen für alle Bundesländer von Bedeutung. Darüberhinaus ist für das Land Oberösterreich hervorzuheben:

Im Rahmen der Förderung der Spitalsausbildung zum praktischen Arzt wurden den Rechtsträgern von Krankenanstalten in Oberösterreich im Jahre 1983 Förderungsmittel von insgesamt 114.000 S und in der Zeit vom 1. 1. - 15.12.1984 rund 277.752 S zur Verfügung gestellt. Diese Förderungsaktion wird in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Der weitere Ausbau des Ärztefunknotdienstes in Oberösterreich wurde 1983 mit einem Betrag von 410.000 S und 1984 mit einem Zuschuß von 400.000 S gefördert.

Für Investitionen auf dem Gebiet der Perinatologie und Neonatologie wurde dem Land Oberösterreich im Jahre 1983 ein Zuschuß von 850.000 S und im Jahre 1984 ein Betrag von 1 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Die Zahlungen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds an Betriebs- und sonstigen Zuschüssen, Investitionszuschüssen sowie Sonderzuschüssen an die Rechtsträger der Krankenanstalten in Oberösterreich betrugen für das Jahr 1983 insgesamt 550.008.668 S. Für das Jahr 1984 sind rund 622,6 Mio. S, für 1985 geschätzte 760 Mio. S, für 1986 geschätzte 820 Mio. S und für 1987 geschätzte 870 Mio. S an Zuschüssen vorgesehen.

Auf dem Gebiet der Prophylaxe hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Jahre 1983 für den Ankauf von Impfstoffen und Fluortabletten für das Land Oberösterreich rund 1.942.000 S aufgewendet. Für die Verabreichung von Fluortabletten in Kindergärten und Schulen sowie an Schwangere und Säuglinge erhielt das Land Oberösterreich im Janre 1984 einen Betrag von 325.668 S. Die Beistellung von Impfstoffen (Di-Te-Pe, Polio-Oralvakzine, Röteln, BCG einschließlich Tuberkulinpräparaten) erfolgte 1984 in etwa gleichem Ausmaß wie in den Vorjahren. Konkrete Angaben können erst nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses 1984 gemacht werden.

- 17 -

Zur Beratung und Betreuung von drogenabhängigen Personen wurden den anerkannten Einrichtungen und Vereinigungen in Oberösterreich Förderungen gem. § 22 Suchtgesetz in Höhe von 2,45 Mio. S im Jahre 1983 gewährt. Auch im Jahre 1984 wurde diese Beratung und Betreuung mit einem namhaften Betrag gefördert. Die endgültige Höhe des Betrages dieser Förderungen wird ebenfalls erst nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses vorliegen.

Der Dachverband Pro mente infirmis erhielt 1983 für die Betreuung psychisch Behindeter in Wien, Salzburg und Oberösterreich eine Förderung in der Höhe von 400.000 S. Die Höhe des Anteils des Landesverbandes Oberösterreich wird erst nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses des Dachverbandes feststehen.

1983 wurde der Verein "Linzer Notruf für vergewaltigte Frauen" mit 40.000 S unterstützt.

Der Verein für psychiatrische Nachsorgeeinrichtungen erhielt 1984 für die Durchführung von Adaptierungen eine Förderung von 180.000 S.

Im Rahmen des Meßgeräteprogramms des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zur Erhebung von Belastungen der Umwelt wurden dem Land Oberösterreich im Jahr 1984 Meßgeräte im Wert von rund 1,9 Mio. S zur Verfügung gestellt. Auch in den nächsten Jahren werden dem Land Oberösterreich im Rahmen dieses Programmes weitere Meßgeräte zur Verfügung gestellt werden.

Im Bereich des Veterinärwesens hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in der Zeit vom Mai 1983 bis Dezember 1984 finanzielle Mittel in der Höhe von insgesamt 15,075.900 S zur Verfügung gestellt.

Weiters konnte das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Zuge der Errichtung und Inbetriebnahme eines Strahlenfrünwarnsystems in Oberösterreich den Basisausbau durch Einrichtung von 56 Meßstellen und Einbindung in eine Landesstrahlenwarnzentrale abschließen.

Im Hinblick auf die großräumige Überwachung der Radioaktivität wurden durch die radiologische Abteilung der Bundesstaatlichen bakteriologisch-

- 18 -

serologische Untersuchungsanstalt in Linz laufende Messungen der Radioaktivität der Aerosolen, Niederschläge sowie des Oberflächenwassers in Abwinden-Asten, Aschach und Wallsee durchgeführt.

Seit der Aufnahme der Arbeit des Umweltfonds beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wurden für Betriebe in Oberösterreich fünf Förderungsanträge mit einem Gesamtbetrag von 816,7 Mio. S bewilligt.

Darüberhinaus wurden zahlreiche Betriebe in Oberösterreich persönlich von Mitarbeitern und Konsulenten des Fonds aufgesucht, um Maßnahmen des betrieblichen Umweltschutzes finanziell und technisch vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang ist abschließend festzuhalten, daß die derzeit beim Umweltfonds aufscheinenden Förderungsansuchen aus Oberösterreich einen Betrag von 1 Mrd. S umfassen.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Außenhandelspolitik

Wenn auch Aktivitäten der Handelspolitik grundsätzlich bundesweit gesetzt werden, sind zumindest schwerpunktmäßig auch für Oberösterreich die Bemühungen zur Durchsetzung von Exportinteressen und Unterstützung bei der Aufnahme bzw. Abwicklung von Kooperationen österreichischer Firmen mit ausländischen Partnern auf bilateraler Basis von Bedeutung.

Neben intensiven Bemühungen zur Förderung der österreichischen Exporte auf bilateralem Gebiet ist im Rahmen des weiten Bereiches der Europäischen Integration den Beitrittsverhandlungen Spaniens und Portugals mit der EG besondere Bedeutung beizumessen. Gegenüber der EG wurde während der laufenden Gesetzgebungsperiode immer wieder dahingehend interveniert, daß Österreich auf dem iberischen Markt durch den Beitritt der beiden Länder zur Gemeinschaft, und auch nicht während einer Übergangsperiode, durch höhere Zölle oder andere Importbeschränkungen benachteiligt wird.

- 19 -

Auf dem Agrarsektor ist die Bundesregierung bemüht, die volle Ausnutzung des Zollfreikontingentes für weibliche Nutzrinder der Höhenrassen von insgesamt 38.000 Stück sicherzustellen, wobei Österreich den Bemühungen der EG energisch entgegentrat, dieses Kontingent künftig hin zu verringern.

Die Bundesregierung war auch darum bemüht, die Zulassung von weiteren Schlacht- und Zerlegungsbetrieben für den Export von Rind- und Schweinefleisch in die Gemeinschaft zu erwirken. Schließlich ist die Bundesregierung bestrebt, das derzeit befristete Abkommen über eine gemeinsame Disziplin beim gegenseitigen Handel mit Käse über den 31. Dezember 1985 hinaus zu verlängern. All diese Bemühungen sind darauf gerichtet, das agrarische Handelsbilanzdefizit gegenüber den EG zu reduzieren.

Schließlich wird darauf verwiesen, daß Österreich nicht nur – wie ein- gangs erwähnt – verstärkt Exportbemühungen setzt, sondern auch im Rahmen der durch internationale Vereinbarungen gegebenen Möglichkeiten etwa am Textilsektor bemüht ist, eine schwierige Phase der Umstrukturierung durch bilaterale Abkommen zum Schutz der heimischen Textil- und Bekleidungsindustrie abzusichern.

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß im Jahre 1983 der Rieder Messe ein Betrag von S 390.000,-- sowie im Jahre 1984 der Welser Messe ein solcher von S 248.096,-- als Zuschuß zu den Planungskosten für den Neubau von Hallen bewilligt wurde. Auf Grund der üblichen Teilzahlungen wurden in den Jahren 1983 und 1984 der Rieder Messe insgesamt S 285.763,-- und der Welser Messe S 252.951,-- ausbezahlt. Auch der Werbe- prospekt der österreichischen Messen, der vom Handelsministerium zu 50 %, das sind S 175.000,-- subventioniert wurde, ist insofern von Bedeutung, als zwei der sieben dargestellten Messen, nämlich die Rieder und die Welser Messe auf Oberösterreich entfallen.

Gegengeschäfte

Im Zuge der Bemühungen, bei Auslandsbezügen von Bundesdienststellen der österreichischen Wirtschaft durch Vereinbarung von Gegengeschäften der ausländischen Lieferanten mit der österreichischen Industrie neue Export- möglichkeiten zu eröffnen, konnten in der XVI. Gesetzgebungsperiode durch

- 20 -

das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung Gegengeschäfte mit ausländischen Lieferanten von Heeresmaterial vereinbart werden, die auch ca. 20 oberösterreichischen Firmen zugute gekommen sind. Der Wert der mit diesen Firmen bereits durchgeföhrten Gegengeschäfte beträgt 158,5 Mio. S.

Zulieferungen

Seit Jahren bemüht sich das Ressort, Zulieferungen an ausländische Schlüsselindustrien zu intensivieren. Für die Anstrengungen sind wirtschaftspolitische Hintergründe (Exportsteigerung, Verbesserung der sektoralen und regionalen Industriestrukturen, Sicherung von Arbeitsplätzen, Gewinnung von know-how, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit) maßgebend, aber auch die Tatsache, daß durch die weltweit zunehmende Arbeitsteilung die österreichische Zulieferproduktion weiterhin wachsen wird. Dabei spielen die gute heimische Infrastruktur und die enge Verflechtung mit den westeuropäischen Industrieländern eine bedeutende Rolle. Schwerpunkte bilden derzeit die Automobil- und Büromaschinenindustrie.

Aus dem Bundesland Oberösterreich liefern mehr als 40 Unternehmen Vorprodukte (Verpackungsstahlband, Kaltprofile, Fräsmaschinen, Zahnräder, Kolbenbohlen, Spritzgußmaschinen, Autosicherheitsgurten, Drähte und Leitungen, Industriekleber, Flachwalzprodukte, Wälzlager, Ölkünler). Insbesondere hervorzuheben sind die Firmen VOEST Alpine AG, BMW-Motoren GmbH. Steyr, Steyr-Daimler-Puch AG und die Chemie Linz AG.

An die Büromaschinenindustrie werden derzeit von 3 Unternehmen Halb- und Fertigteile (Kabelsätze, Leitungen, Kunststoffgenäuse, elektronische Bauteile, Aluminium und Buntmetalle) geliefert.

Wirtschaftsförderung

Im Zeitraum 1. Jänner 1983 bis 30. November 1984 wurden folgende Förderungsanträge aus dem Bundesland Oberösterreich seitens der Bürgschaftsfonds Ges.m.b.H. positiv erledigt:

- 21 -

1. Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

817 Anträge mit einem Kreditvolumen von 1,432 Mrd. S, wovon im Rahmen der gemeinsamen regionalen Sonderförderung zwischen Bund und Land Oberösterreich im Jahre 1984 (der finanzielle Anteil des Bundes an der zusätzlichen Förderung beträgt dabei 2/3) 223 Anträge mit einem Kreditvolumen von 349,9 Mio. S positiv erledigt wurden.

2. Bürges-Kleingewerbekreditaktion

1.952 Anträge mit einem Kreditvolumen von 508,3 Mio. S, wovon im Rahmen der gemeinsamen regionalen Sonderförderung zwischen Bund und dem Land Oberösterreich im Jahre 1984 328 Anträge mit einem Kreditvolumen von 84,6 Mio. S positiv erledigt wurden.

3. Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion

276 Anträge mit einem Kreditvolumen von 160,9 Mio. S, wovon im Rahmen der gemeinsamen regionalen Sonderförderung zwischen Bund und dem Land Oberösterreich im Jahre 1984 83 Anträge mit einem Kreditvolumen von 51,7 Mio. S positiv erledigt wurden.

4. Aktion "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen"

511 Anträge mit einem Kreditvolumen mit 268,2 Mio. S.

5. Prämienaktion "Komfortzimmer und Sanitärräume"

251 Anträge, ausbezahlte Prämien: 7,2 Mio. S.

6. Prämienaktion "Jederzeit warme Küche"

321 Anträge, ausbezahlte Prämien: 3,1 Mio. S.

7. Prämienaktion "Sanitärräume auf Campingplätzen"

2 Anträge, ausbezahlte Prämien: 219.000,-- S

- 22 -

8. Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen

4 Anträge, ausbezahlt Prämien: 34.000,-- S

Tieferstehend die Ergebnisse weiterer Fremdenverkehrsförderungsaktionen für Oberösterreich vom 1.1.1983 bis 30.11.1984.

Förderungsaktionen	Anzahl	Kreditvolumen Beiträge in Mio. S	Prämien bzw. Zweckzuschüsse (Mio. S)
Hausaktion	24	51,5	-----
ERP-Ersatzaktion	18	62,6	-----
ERP	4	26,3	
FAG (Gemeinden)	48		8,858
FV-Verkaufsförderungsaktion	3		55
zusammen	97	140,4	8,913
<hr/>			

Im Rahmen der Gemeinsamen Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, der Länder und der Landeskammern der gewerblichen Wirtschaft wurde

1983 eine Bundesquote von S 1,703.000,--
 sowie eine zusätzliche Bundesquote von S 1,658.000,-- und
 1984 eine Bundesquote von S 3,316.000,--
 dem Land Oberösterreich zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Förderung nach dem Stärkeförderungsgesetz 1969 wurden vom 1. Juli 1983 bis 30. September 1984 für Unternehmen im Bundesland Oberösterreich rd. 70 Mio. S an Förderungsmitteln ausbezahlt.

Für Unternehmen im Bundesland Oberösterreich sind für 1985 Budgetmittel in etwa derselben Höhe wie für 1984 vorgesehen.

Im Rahmen der Sonderförderungsaktion für die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie wurden im Raum Oberösterreich in der laufenden Gesetzgebungsperiode bisher auf dem Ledersektor 9 Projekte mit einer Investitionssumme von 65,4 Mio. S, auf dem Textilsektor 10 Projekte mit einer Investitionssumme von 107 Mio. S und auf dem Bekleidungssektor 11 Pro-

- 23 -

ekte mit einer Investitionssumme von 66,1 Mio. S gefördert. Für diese Projekte wurden insgesamt 13,9 Mio. S an verlorenen Zuschüssen aufgewendet. Nach Firmenangaben werden dadurch zwischen 192 und 282 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Weiters wird bemerkt, daß auch alle anderen Maßnahmen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, wie etwa die Förderung der Aus- und Weiterbildung, der Beratung, Durchführung von Studien usw. auch dem Bundesland Oberösterreich zugute kommen.

Alle erwähnten Förderungsaktionen und sonstige Maßnahmen werden im Rahmen des Bundesvoranschlages 1985 weitergeführt und verbessert und kommen diese auch dem Bundesland Oberösterreich zugute.

Preispolitik

Durch die Regelung der Abgabepreise für Erdgas der oberösterreichischen Fördergesellschaft Ronöl-Aufsuchungsgesellschaft m.b.H. (RAG) ist insbesondere die Gasversorgung der oberösterreichischen Industrie zu volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preisen gewährleistet.

Informationsstelle für öffentliche Aufträge

Im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung war die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für öffentliche Aufträge im Zusammenwirken mit den Beschaffungsämtern des Bundes und auch anderer Gebietskörperschaften bemüht, insbesondere solchen Unternehmen zu helfen, die Auftragslücken zu verzeichnen hatten und für die ein Auftrag der öffentlichen Hand einen wichtigen Impuls zur Wirtschaftsbelebung darstellt. In diesem Sinn wurden in der XVI. Gesetzgebungsperiode auch oberösterreichischen Firmen in ihrem Bestreben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten, unterstützt.

- 24 -

Investorenwerbung und Investoreninformation

Die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete INFORMATIONSSTELLE FÜR INVESTOREN erbringt sowohl der österreichischen Wirtschaft als auch potentiellen ausländischen Investoren durch Werbemaßnahmen einerseits sowie Informations- und Vermittlungstätigkeit andererseits Serviceleistungen, die die Ansiedlung wertschöpfungs- und wachstumsorientierter Produktionsbetriebe zur Verbesserung der regionalen und sektoralen Industriestruktur bezwecken. Hierbei arbeitet die Informationsstelle eng u.a. mit den in Frage kommenden Dienststellen der Länder (im Bundesland Oberösterreich mit der Abteilung Gewerbe des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung sowie der Handelskammer Oberösterreich) zusammen.

Neben dem aus obgenannter Tätigkeit sich ergebenden allgemeinen Nutzen für das Land Oberösterreich werden von der Informationsstelle gegenwärtig folgende Serviceleistungen für das Land Oberösterreich erbracht:

Verwaltung von insgesamt 53 Standortangeboten sowie Kapitalbeteiligungs- und Kooperationswünschen aus Oberösterreich. In der laufenden Gesetzgebungsperiode (19. 5.1983 bis 14.12.1984) konnten hiervon 30 Kontakte zu potentiellen in- und ausländischen Investoren bzw. Kapital- und Kooperationsanbietern hergestellt werden.

Als Ergebnis der einschlägigen Bemühungen konnte die Ansiedlung der Firma CIMA Cigarettenpapiermanufactur Ges.m.b.H. (Tochter der Gizeh-Werk-Ges.m.b.H., BRD) in St. Peter am Wimberg, pol. Bez. Rohrbach, in die Wege geleitet werden. Der Betrieb nahm die Produktion im Juni 1983 auf. Weiters IBM-VOEST in Engerwitzdorf und das BMW-Motorenwerk in Steyr.

Alt- und Abfallstoffverwertung

Der Verwertung von Alt- und Abfallstoffen wird seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit bei der Nutzung der Rohstoffquellen, auf die Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten zur Entlastung der Zahlungsbilanz sowie auf die Erfordernisse des Umweltschutzes besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

- 25 -

In Oberösterreich wurden im Rahmen der vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in Zusammenarbeit mit einschlägig tätigen Stellen vermittelten oder unterstützten Altrohstoffsammlungen im Berichtszeitraum insgesamt 45.000 t Altronstoffe aufgebracht und der heimischen Industrie als Sekundärrohstoffe zur Verfügung gestellt.

Um das Sammelnets zwecks weiterer Steigerungen des Altrohstoffaufkommens zu verdichten, hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in den Jahren 1982 bis 1984 mit insgesamt S 30,575.000,-- die Anschaffung von zusätzlichen Sammelbehältern gefördert, welche nahezu ausschließlich in oberösterreichischen Betrieben gefertigt wurden.

In Entsprechung der Bestimmungen des Altölgesetzes haben in Oberösterreich 57 Gewerbetriebe ihre Tätigkeit als Sammler und Aufarbeiter von Altölen angezeigt.

Umweltschutz

Im Interesse der Begrenzung luftverunreinigender Emissionen wurde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie am 24. April 1984 die 2. Verordnung gegen forstschädliche Luftverunreinigung, BGBl.Nr. 199, und am 15. Mai 1984 die 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz, BGBl.Nr. 209, erlassen.

Durch die Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 31. Jänner 1984, BGBl.Nr. 73, mit der die Verordnung über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl geändert wird, wurde der höchstzulässige Schwefelgehalt bei Heizöl schwer bereits mit Wirkung vom 1. Juli 1984 auf 2 % herabgesetzt.

Die entsprechende Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, BGBl.Nr. 292/1983, wurde anlässlich der Landeshauptmännerkonferenz in Linz am 8. Juni 1984 von den Ländern unterzeichnet.

Durch die gemeinsam mit dem Umweltfondsgesetz beschlossene Novelle zur Gewerbeordnung vom 21. Oktober 1983 hat der Bundesminister für Gesundheit

- 26 -

und Umweltschutz im Rahmen des gewerblichen Betriebsanlagengenehmigungsverfahrens die Vorschreibung verschärfter Umweltschutzauflagen zu beantragen, wenn durch Messungen eine beträchtliche Belastung der Umwelt durch den Betrieb einer Anlage nachgewiesen wird.

Gemäß § 82 Abs. 1 GewO 1983 können durch Verordnung unter anderem nähere Vorschriften über das zulässige Ausmaß der Emissionen von Anlagen erlassen werden, obwohl insbesondere auch auf den Stand der Technik Bedacht zu nehmen ist. Aufgrund dieser Verordnungsermächtigung wurden bisher unter anderem die Verordnung BGBl.Nr. 437/1975 über die Begrenzung der Emission von Trichloräthylen und Tetrachloräthylen aus Chemischreinigungsmaschinen, die Verordnung BGBl.Nr. 378/1976 über die Begrenzung von Emissionen aus Aufbereitungsanlagen für bituminöses Mischgut und die Verordnung BGBl.Nr. 251/1982 über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl erlassen.

Energiepolitik

Bereitstellung von Budgetmitteln, ERP-Mitteln etc.

Die Finanzierungsmittel werden für die einzelnen Projekte in Form von Kapitalzuführungen, Bundeszuschüssen und ERP-Mitteln bereitgestellt.

Die Ennskraftwerke AG (zu 50 % im Eigentum der Republik Österreich, 50 % Oberösterreichische Kraftwerke AG, OKA) errichtete eine Kraftwerkskette an der Enns. Für alle Kraftwerke in diesem Bereich wurden im Jahre 1983 Ergänzungsinvestitionen in Höhe von 3 Mio. S (nur Ennskraftwerke-Anteil auch bei den im folgenden genannten Ziffern) und im Jahre 1984 3,8 Mio. S durchgeführt.

Für das im Jahre 1972 in Betrieb genommene Laufkraftwerk Schönau mit einer Engpaßleistung von 26 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 112 Mio kWh betrug der Investitionsaufwand für eine Unterwassereintiefung 1983 3 Mio. S und im Jahre 1984 0,3 Mio. S.

In dem seit 1950 bestehenden Laufkraftwerk Großraming mit einer Engpaßleistung von 65 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 230,2 Mio kWh wur-

- 27 -

den für die Erneuerung der Schaltwarte 1984 1,25 Mio. S und für die Erneuerung der seit 1959 bestehenden Fernsprechanlage 0,4 Mio. S investiert.

Im Laufkraftwerk Losenstein, das seit 1962 mit einer Engpaßleistung von 32 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 154,2 Mio kWh in Betrieb genommen worden ist, wurde die seit 1963 bestehende Fernsprechanlage 1984 mit einem Investitionsaufwand von 0,25 Mio. S erneuert.

In dem seit 1947 bestehenden Laufkraftwerk Staning mit einer Engpaßleistung von 33 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 169 Mio kWh wurde im Jahre 1983 mit der Sanierung der Turbinen 1, 2, 3 begonnen. Der Aufwand in diesem Jahr betrug 8,6 Mio. S, im Jahre 1984 13,7 Mio. S. Für das Jahr 1985 wurden die Aufwendungen mit 10 Mio. S veranschlagt.

Für die Automatisierung II betrugen die Investitionen im Jahre 1984 für die Werksgruppe Obere Enns 4 Mio. S, der Aufwand im Jahre 1985 wird hierfür 10,5 Mio. S betragen.

Im Rahmen einer Sonderaktion für Kleinkraftwerke wurden aus budgetären Mitteln im Jahre 1983 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt 7,658 Mio. S an drei Unternehmen vergeben. Im Jahre 1984 wurde einem Unternehmen ein Investitionszuschuß in Höhe von 368.000,-- S angewiesen, für ein weiteres Unternehmen ist die Vergabe in Höhe von 671.000,-- S vorgesehen.

Diese Investitionszuschüsse aus budgetären Mitteln dienen der Wiederinstandsetzung, dem Umbau oder Ausbau und der Neuerrichtung von Kleinkraftwerken und der dem Unternehmen zugehörigen Leitungsanlagen. Für energiewirtschaftlich förderungswürdige Investitionen kann eine einmalige Geldzuwendung in Höhe von maximal 10 v.H. der gesamten Investitionssumme gewährt werden.

Für die Förderung der Elektrifizierung aus Bundesmitteln ist vorgesehen, noch im Janre 1984 auf Grund der im 2. Budgetüberschreitungsgesetz 1984 genehmigten Mittel einem gemeindeeigenen Elektrizitätsversorgungsunternehmen ein Bundesdarlehen in Höhe von 500.000,-- S zu gewähren.

- 28 -

Die Bundesdarlehen dienen dem Ausbau von privat- und gemeindeeigenen Stromversorgungsanlagen, damit eine gesicherte Stromversorgung gewährleistet ist. Sie haben eine Laufzeit von 10 bis 12 Jahren und werden mit 3 % p. a. verzinst.

Aus der vorhandenen Quote Energie des ERP-Wirtschaftsjahres 1983/84 wurden für Fernwärmeerzeugungsinvestitionen 10 Mio. S ERP-Mittel an ein Unternehmen vergeben. Aus der Quote Energie des ERP-Wirtschaftsjahres 1984/85 ist vorgesehen, für Fernwärmeverteilanlagen ERP-Mittel in Höhe von 10 Mio. S bereitzustellen.

Investitionen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG für Leistungsvorhaben (Verbundgesellschaft - 100 % Bundeseigentum)

Die 380 kV-Leitung von Ernsthofen bis St. Peter mit einem Gesamtkostenaufwand von 980 Mio. S soll bis 1985/86 fertiggestellt sein. Im Jahre 1983 betrug der Investitionsaufwand 70 Mio. S und im Jahre 1984 348 Mio. S. Damit wird ein wesentliches Teilstück des gesamtösterreichischen Verbundnetzes realisiert werden. Darüberhinaus ist aber durch die Einspeisung aus den Umspannwerken Ernsthofen bzw. St. Peter in das 110 kV-Versorgungsnetz der Oberösterreichischen Kraftwerke AG (OKA) mit einer bedeutenden Erhöhung der Versorgungssicherheit zu rechnen. Auch wird es möglich sein, bei Ausfall einer 110 kV-Verbindung das Umspannwerk Lambach aus den beiden vorgenannten Umspannwerken der Verbundgesellschaft im Wege der bereits bestehenden 220 kV-Leitung weiterhin zu versorgen. Durch diese Maßnahmen wird der Einspeisepunkt Lambach bedeutend aufgewertet und es kommt auch ihm für die Aufrechterhaltung der Versorgung des Bundeslandes Oberösterreich mit elektrischer Energie besondere Bedeutung zu.

Förderungen gemäß § 8 Abs. 4 Z. 4 Einkommensteuergesetz 1972 i.d.g.F.

Die Voraussetzungen zur Erlangung dieser steuerlichen Begünstigungen wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode 6 oberösterreichischen Unternehmen durch die Ausstellung einer Bescheinigung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie nachgewiesen.

- 29 -

Ein weiterer Antrag gemäß § 8 Abs. 4 Z. 4 EStG 1972 liegt derzeit zur Begutachtung vor und wird bis zum Jahresende behandelt.

Förderungen nach dem Energieförderungsgesetz 1979

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurde gemäß § 16 Abs. 3 EnFG auch einem Projekt aus dem Bundesland Oberösterreich die energiewirtschaftliche Zweckmäßigkeit zuerkannt.

Förderung der Fernwärme gemäß Bundesgesetz vom 10. Dezember 1982 über die Förderung der Versorgung mit Fernwärme (Fernwärmeförderungsgesetz), BGBI. Nr. 640/1982

Gefördert werden können

- a) Investitionen für Fernwärmeerzeugungs- und Verteilanlagen innerhalb eines bestimmten Fernwärmeausbauprojektes, sofern mit deren Verwirklichung in der Zeit vom 1. Jänner 1983 bis 31. Dezember 1985 begonnen wird;
- b) die Erstellung von Konzepten und Studien.

Diese Förderung kann entweder in Form von Zinsenzuschüssen oder sonstigen Geldzuwendungen gewährt werden. Die Förderung des Bundes wird jedoch von einer Förderung des Projektes durch andere Gebietskörperschaften, in denen diese Vorhaben zum Tragen kommen, abhängig gemacht.

zu a) Obwohl das Land Oberösterreich nicht beabsichtigt, eine generelle Vereinbarung mit dem Bund über die Mitförderung des Landes zu schließen und bestrebt ist, nur projektsbezogene Einzelvereinbarungen abzuschließen, konnten bereits diesbezügliche Verhandlungen eingeleitet werden. Hingegen konnte zwischen dem Bund und der Landeshauptstadt Linz bereits am 27. September 1984 ein Vertrag über die Mitförderung abgeschlossen werden und - da hiemit die gesetzliche Voraussetzung erfüllt worden ist - konnte ein Ansuchen der Bearbeitung zugeführt werden. Für die beantragten Fernwärmeverteil-anlagen wird seitens des Bundes ein Investitionszuschuß in Höhe von 336.000,-- S bereitgestellt werden. Im Rahmen des Gesetzes sind

- 30 -

weitere Förderungen für den Fernwärmeausbau in der Landeshauptstadt vorgesehen. Für die bereits beantragten Investitionen werden Mittel in Höhe von etwa 850.000 S bereitgestellt werden.

Für den geplanten Fernwärmeausbau im Bereich Riedersbach, Trimmelkam, Vöcklabruck und Timelkam wurden Gesamtinvestitionskosten in Höhe von etwa 860 Mio. S veranschlagt. Des weiteren sollen geplante Geothermieprojekte verwirklicht und im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes einer Förderung zugeführt werden.

zu b) Gemäß § 9 des Fernwärmeförderungsgesetzes 1982 wurden im Bundesland Oberösterreich folgende Konzepte bzw. Studien gefördert:

Die Projektstudie Braunau wurde seitens des Bundes mit 250.000,-- S mitfinanziert.

Für die Projektstudie Riedersbach-Salzburg wurden seitens des Bundes rund 121.000 S bezahlt.

Derzeit liegen zwei weitere Anträge auf Förderung von Energieversorgungskonzepten vor, die jedoch noch komplettiert werden müssen.

Bergbau - Roh- und Grundstoffe

Bergbauförderung

Den in Oberösterreich gelegenen Kohlenbergbauen der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG (WTK) und der Salzach Konzenbergbau Ges.m.b.H. (SAKOG) flossen aus Mitteln der Bergbauförderung im Jahr 1983 insgesamt 20,2 Mio. S und im Jahr 1984 insgesamt 19,1 Mio. S an Beihilfen zu.

Die Beihilfen wurden sowohl zur Mitfinanzierung von Prospektion und Exploration auf Kohle im Bereich der oberösterreichischen Molasse als auch für den Aufschluß der neu aufgefundenen Lagerstätte "Tarsdorf-Ost/-Weilnart" der SAKOG und die Einrichtung eines neuen Tagbaues bei der WTK gewährt.

- 31 -

Die "KAMIG" Österreichische Kaolin- und Montanindustrie AG, NfKG, erhielt in den Jahren 1983/84 aus Mitteln der Bergbauförderung Zinsenzuschüsse von insgesamt 1,43 Mio. S für den Aufschluß eines neuen Abbaufeldes beim Bergbau Kriechbaum.

Die Prospektionsarbeiten der Firma Knauf & Co Gips- und Gipsplattenwerk Ges.m.b.H. auf Gips im Bereich des Pyrrnpasses wurden im Jahr 1984 mit 0,995 Mio. S aus Mitteln der Bergbauförderung unterstützt.

Vollziehung des Lagerstättengesetzes

Zur Durchforschung des Bundeslandes Oberösterreich nach nutzbaren Lagerstätten mineralischer Rohstoffe gemäß den Bestimmungen des Lagerstättengesetzes, BGBl.Nr. 246/47, wurden vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in der laufenden Legislaturperiode folgende Projekte mit den angeführten Beträgen unterstützt:

Begleitende Kartierung:

Innviertel Blatt Ried 0,125 Mio. S

Geologische Interpretation der Aeromagnetik Oberösterreichs

0,075 Mio. S

In den kommenden Jahren wird weiterin die Suche und Erschließung von Lagerstätten aus Mitteln der Bergbauförderung unterstützt werden. Die Durchforschung des Bundeslandes Oberösterreich nach nutzbaren Lagerstätten mineralischer Rohstoffe soll im Rahmen der Vollziehung des Lagerstättengesetzes eine Fortsetzung finden.

Bundesministerium für Inneres

In der XVI. Legislaturperiode wurde bzw. wird weiterhin auf eine effektvolle moderne Ausrüstung der Bundespolizei und Bundesgendarmerie durch den Austausch von Dienstkraftfahrzeugen und insbesondere auch durch die Anschaffung sonstiger technischer Ausrüstungsgegenstände - wie z.B. Funkgeräte, Errichtung von UKW-Relaisstationen, Zuweisung von elektronischen Fernschreibmaschinen, Erweiterung bzw. Erneuerung von Fernsprechkanälen - Bedacht genommen.

- 32 -

Für Amtsausstattung und Amtseinrichtungen wurden dem Landesgendarmeriekommando Oberösterreich rd. 870.000,-- S zugewiesen. Bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode werden sich die weiteren Zuweisungen voraussichtlich in der gleichen Höhe bewegen.

Für den weiteren Teilausbau des funkgesteuerten bundesweiten Alarmsystems wurden insgesamt S 400.000,-- zur Verfügung gestellt.

Weiters erhält der Landesfeuerwehrverband Oberösterreich - im Wege des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes - alljährlich Subventionsmittel von etwa S 100.000,-- zum Ankauf von Geräten, die zum Schutz der Zivilbevölkerung (vor allem im Strahlenschutz) eingesetzt werden sollen.

Der gleiche Förderungswerber erhielt im Jahre 1983 unter dem Titel "Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages" S 175.000,-- zur Beschaffung von Strahlenmeßgeräten.

Mit Hubschraubern des Bundesministeriums für Inneres wurden 150 Flugrettungseinsätze, 203 Verkehrsüberwachungsflüge und 25 Flüge im öffentlichen Interesse geflogen.

Durch diese Flugrettungseinsätze konnten 102 Männer und 38 Frauen geborgen werden. Diese Einsätze erfolgten in der Regel in hochalpinen unzugänglichen Gebieten.

Im Bundesministerium für Inneres besteht ein Konzept für den weiteren Ausbau des Hubschrauber-Rettungsdienstes in Oberösterreich. Im Janre 1985 ist der Abschluß einer Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG mit dem Land Oberösterreich und damit verbunden die Indienststellung eines Rettungs-Hubschraubers in Linz durch das Bundesministerium für Inneres geplant.

Bundesministerium für Justiz

Den steigenden Anforderungen an die Justiz wurde auch im Bundesland Oberösterreich durch eine substantielle Verbesserung der Personalsituation Rechnung getragen. Vom 1.1.1983 bis Ende 1984 wurde der Stand der systemisierten Planstellen für Oberösterreich bei den Richtern von 210 auf 215 und bei den nichtrichterlichen Bediensteten von 761 auf 807 erhöht.

- 33 -

Im Dienste einer funktionierenden Justiz stehen auch die umfangreichen Baumaßnahmen für das Land Oberösterreich im Justizbereich, die aus Mitteln des Bundesministeriums für Bauten und Technik getragen werden (z. B. Neubau des Kreisgerichtes Steyr, Generalsanierung Kremsmünster, Raab und Frankenmarkt). Auch im Bereich des Strafvollzuges sind umfangreiche Bauvorhaben im Gang. (Neubau- und Sanierungsmaßnahmen bei den Strafvollzugsanstalten Garsten und Suben sowie den gerichtlichen Gefangenenhäusern in Linz, Ried und Wels).

Große Fortschritte macht auch die Umstellung des Grundbuchs bei den Gerichten in Oberösterreich. So sind derzeit die Grundbücher der Bezirksgerichte Eferding, Enns, Linz, Linz-Land, Steyr und Urfahr-Umgebung bereits zur Gänze auf ADV umgestellt. Bei den Bezirksgerichten Vöcklabruck und Wels arbeiten Datenerfassungsteams an der Umstellung. Anschließend werden die Grundbücher der Bezirksgerichte Bad Ischl und Gmunden auf ADV umgestellt werden.

Für den Bereich der Justiz sind schließlich auch noch die Unterhaltsvorschüsse für minderjährige Kinder in Oberösterreich hervorzuheben. Nach den zur Verfügung stehenden statistischen Unterlagen sind zwischen dem 1.12.1983 und dem 1.12.1984 in Oberösterreich 68.765.272 S an Unterhaltsvorschüssen ausgezahlt worden. Im gleichen Zeitraum konnten 32.548.444 S Unterhaltsvorschüsse wieder hereingebracht werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Die wichtigsten in der Zeit vom 19. Mai 1983 bis 31. Oktober 1984 gesetzten Maßnahmen sowie der bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode noch vorgesehenen Maßnahmen ersuche ich, den Beilagen IV und V zu entnehmen. Dabei fanden Maßnahmen auf den Gebieten des Versorgungswesens (Beschaffungen, Reparaturen, Baumaßnahmen, Verpflegung etc.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit Berücksichtigung, als sie für das Bundesland Oberösterreich bzw. seine Bewohner im weitesten Sinne von Bedeutung erscheinen.

Zusammenfassend ist somit hervorzuheben, daß im vorerwähnten Zeitraum für das Bundesland Oberösterreich Aufwendungen in der Höhe von insgesamt rund

- 34 -

S 686,739.000,-- getätigt wurden (Beilage IV). Hinsichtlich der in der laufenden Gesetzgebungsperiode noch vorgesehenen Ausgaben (Schätzung: S 1.900,000.000,--) ist zu bemerken, daß in der betreffenden Übersicht (Beilage V) Assistenz- und Hilfeleistungen des Bundesheeres sowie Personalmaßnahmen nicht berücksichtigt werden konnten, weil sich Maßnahmen in diesen Bereichen jeglicher Prognose entziehen.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Für die wichtigsten landwirtschaftlichen Maßnahmen kamen dem Bundesland Oberösterreich folgende Budgetmittel zugute:

Für Bildung und Beratung rd. 179,18 Mio. S

Außerdem wurden für diese Zwecke im Jahre 1984 zinsverbilligte Agrarinvestitionskredite von über 7 Mio. S gewährt.

Im Jahre 1985 ist für die Beratung durch die Landwirtschaftskammer für Oberösterreich ein Bundesbeitrag von 22,7 Mio. S vorgesehen, ferner 3,5 Mio. S an zinsverbilligten Agrarinvestitionskrediten.

Für die Förderung der pflanzlichen Produktion im Bundesland Oberösterreich hat der Bund in den Jahren 1983 und 1984 über 34 Mio. S aufgewendet. Für die Jahre 1985 und 1986 sind Beträge in etwa der gleichen Höhe vorgesehen.

Für die Förderung der tierischen Produktion wurden rd. 10 Mio. S aufgewendet. Die Förderungsmaßnahmen werden in den nächsten Jahren fortgeführt.

Im Rahmen der technischen Rationalisierung, insbesondere Förderung der Maschinenringe wurden in den Jahren 1983 und 1984 rd. 6,99 Mio. S aufgewendet.

Für landwirtschaftliche Geländekorrekturen wurden rd. 5,58 Mio. S zugewiesen; für 1985 sind 1,8 Mio. S veranschlagt.

- 35 -

Für Agrarische Operationen (es konnten in den Jahren 1983 und 1984 4.000 ha neu zugeteilt und 105 km Wege errichtet werden) wurden 10,1 Mio. S zur Verfügung gestellt; für 1985 sind 3 Mio. S vorgesehen.

Landwirtschaftliches Siedlungswesen:

Der Bundesbeitrag für 7 Baumaßnahmen betrug in den Jahren 1983 und 1984 645.000 S. 1985 und 1986 sind dafür je rund 350.000 S vorgesehenen.

Grundaufstockung:

Für 140 Fälle im Gesamtausmaß von 350 ha wurden 1983 und 1984 zinsverbilligte Agrarinvestitionskredite im Ausmaß von fast 35 Mio. S gewährt. 1985 und 1986 sind für diesen Zweck je 12 Mio. S AIK vorgesehen.

Dem bäuerlichen Besitzstrukturfonds wurden 1983 und 1984 zusammen 38,35 Mio. S an Zinsenzuschüssen gewährt.

1985 und 1986 sind für diesen Zweck je 20 Mio. S vorgesehen.

Verpachtungsprämien

1983 und 1984:

Von 103 Verpächtern wurden 531 ha verpachtet, es wurden hiefür 950.000 S aufgewendet.

Für 1985 und 1986 sind je 400.000 S an Verpachtungsprämien vorgesehen.

Verkehrserschließung:

1983 und 1984 wurde der Bau von 300 km Wegen mit 112 Mio. S aus Bundesmitteln gefördert.

Für 1985 und 1986 ist dasselbe Förderungsvolumen vorgesehen.

In den Jahren 1983 und 1984 wurden vom Bund im Rahmen der landwirtschaftlichen Regionalförderung an Investitionszuschüssen 60,3 Mio. S vorwiegend für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gewährt. Jährlich kommen in Oberösterreich rund 2.500 landwirtschaftliche Betriebe in den Genuss dieser Förderungsmaßnahmen.

- 36 -

Für 1985 und 1986 ist dasselbe Förderungsvolumen vorgesehen.

Für 1.672 bäuerliche Telefonanschlüsse hat der Bund in den Jahren 1983 und 1984 4,35 Mio. S an Zuschüssen gewährt.

Auch 1985 und 1986 werden vom Bund je nach der Erschwerniszone 30, 40 oder 50 % der Anschlußkosten übernommen.

Bergbauernzuschüsse:

1983 und 1984 wurden in Oberösterreich an mehr als 5.000 Bergbauernbetriebe der Erschwerniszone 2 jährlich 38,44 Mio. S und an mehr als 4.700 landwirtschaftlichen Betrieben der Erschwerniszone 3 jährlich 78,03 Mio. S ausgezahlt.

In den Jahren 1985 und 1986 werden rund 9.800 oberösterreichische Bergbauernbetriebe etwa 135 Mio. S pro Jahr erhalten.

Schon für 1985 ist die Einführung einer Erschwerniszone 4 geplant.

Seit 1976 wird in Oberösterreich ein Grenzlandsonderprogramm geführt, das zur Zeit vom Bund mit jährlich 10 Mio. S dotiert wird. 1/3 davon wird für die Verkehrserschließung, 2/3 für die landwirtschaftliche Regionalförderung aufgewendet.

Seit 1983 läuft in Oberösterreich ein mit 5 Mio. S pro Jahr dotiertes Zusatzprogramm.

Auch 1985 sind seitens des Bundes insgesamt 15 Mio. S für die Grenzlandförderung in Oberösterreich vorgesehen.

In den Jahren 1983 und 1984 wurden an fast 3.000 Darlehensnehmer in Oberösterreich zinsverbilligte Agrarinvestitionskredite im Volumen von 867 Mio. S vergeben.

An Zinsenzuschüssen zu bei oberösterreichischen Kreditinstituten aushaltenden Agrarinvestitionskrediten hat der Bund in den Jahren 1983 und 1984 über 200 Mio. S gewährt.

1983 haben außerdem 542 Darlehensnehmer in Oberösterreich Agrarsonderkredite im Ausmaß von 74,6 Mio. S aufgenommen.

An Zinsenzuschüssen zu in Oberösterreich aushaltenden Agrarsonderkrediten hat der Bund im Jahre 1983 mehr als 2 Mio. S aufgewendet. (Für das Jahr 1984 liegen bezüglich der Agrarsonderkredite noch keine Daten vor).

- 37 -

An Leistungen des Bundes für forstliche Maßnahmen wurden im Jahre 1983 12,2 Mio. S und im Jahre 1984 11,7 Mio. S aufgewendet. Die Schwerpunkte lagen bei der Strukturverbesserung und bei der Forstaufschließung. (Nähere Einzelheiten sind aus der Beilage VI ersichtlich).

Bei den forstlichen Maßnahmen handelt es sich meist um mehrjährige Projekte. Im Jahre 1985 stehen für die forstliche Förderung etwa gleich hohe Bundesmittel wie 1984 zur Verfügung

In der XVI. Gesetzgebungsperiode wurden in den Jahren 1983 und 1984 für die Ausführung von schutzwasserbaulichen Maßnahmen an Bundesflüssen und Interessentengewässern in Oberösterreich Bundesmittel im Betrage von insgesamt rd. 174,808 Mio. S bereitgestellt. Hiervon entfallen rd. 70,969 Mio. S auf Maßnahmen an Bundesflüssen und rd. 103,839 Mio. S auf Maßnahmen an Interessentengewässern. Mit diesen Bundesmitteln wurde ein Bauvolumen von insgesamt rd. 301,529 Mio. S (Bundesflüsse 75,365 Mio. S; Interessentengewässer 226,164 Mio. S) ausgelöst.

Für Maßnahmen des landwirtschaftlichen Wasserbaues (Entwässerungen) wurden in der XVI. Gesetzgebungsperiode bisher Bundesmittel in Höhe von 8,661 Mio. S bereitgestellt. Damit wurde ein Bauvolumen von 42,501 Mio. S ausgelöst.

Für die Wildbach- und Lawinenverbauung in Oberösterreich wurden in den Jahren 1983 und 1984 Bundesmittel in der Höhe von 123,1 Mio. S aufgewendet; für das Jahr 1985 sind 72,6 Mio. S vorgesehen.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Arbeitsmarktpolitik

Bei der Heranziehung des Zahlenmaterials wird von der Gliederung der seit Jahren in Verwendung stehenden Programmbudgets nach Hauptprogrammen, Programmen und Teilprogrammen ausgegangen.

Für das Jahr 1984 können nur die Zahlen bekanntgegeben werden, die derzeit vorliegen, worauf im Einzelfall verwiesen wird.

- 38 -

Die Beschäftigungslage entwickelte sich in Oberösterreich trotz der ungünstigen Lage der Weltwirtschaft im allgemeinen noch immer zufriedenstellend.

Die Arbeitslosenrate lag im Vergleich mit dem gesamten Bundesgebiet immer noch relativ günstiger.

Die wichtigsten Daten über das Arbeitsmarktgeschehen zeigten im Berichtszeitraum nachstehende Entwicklung:

	Unselbständige Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	darunter Ausländer
1983	452.995	12.500
1984 *)	<u>456.834</u>	<u>12.390</u>

*) vorläufiges Ergebnis

Infolge Rückkehr in die Heimat war die Zahl der ausländischen Beschäftigten in den letzten Jahren rückläufig; im Rahmen einer sozial-humanitären Bewilligungspraxis werden jedoch Beschäftigungsbewilligungen erteilt und verlängert, insbesondere für jugendliche Ausländer der zweiten Generation.

	offene Stellen (Jahresdurchschnitt)
1983	3.005
1984 *)	3.225

	Offene Lehrstellen (Jahresdurchschnitt)
1983	146
1984 *)	245

	Lenstellensuchende (Jahresdurchschnitt)
1983	1.234
1984 *)	1.307

*) vorläufiges Ergebnis

- 39 -

Stand der unselbstständig Beschäftigten in einigen signifikanten Wirtschaftsbereichen

(Ende Juli)	Erzeugung von Eisen und NE-Metallen	Bauwesen	Beherbergungs- und Gaststättenwesen
1983	27.052	38.296	12.741
1984	26.631	38.034	12.997

	Arbeitslose im Jahresdurchschnitt	Arbeitslosenrate in %
1983	17.729	3,8
1984 *)	18.413	3,9

*) vorläufiges Ergebnis

Förderung der beruflichen und geographischen Mobilität

Die berufliche und geographische Mobilität wurde im Sinne der jeweiligen arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramme von der Arbeitsmarktverwaltung in entsprechender Weise gefördert.

Im einzelnen wurden hierfür unter anderem nachstehende Aufwendungen getätigt:

Arbeitsmarktausbildung
(TP 211 und 212)

	geförderte bzw. geschulte Personen	Förderung in Mio. S
1983	4.331	47,0
1984 *)	4.738	37,0

*) vorläufiges Ergebnis

- 40 -

Betriebliche Schulungen und Schulungen in Einrichtungen
(TP 213 - 215)

	geförderte bzw. geschulte Personen	in Mio. S
1983	2.047	6,7
1984 *)	2.346	12,8

*) vorläufiges Ergebnis

Schulungen im Auftrag des Landesarbeitsamtes
(TP 216)

	geförderte bzw. geschulte Personen	in Mio. S
1983	913	11,5
1984 *)	1.211	16,5

*) vorläufiges Ergebnis

Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

Im Zuge der Wirtschaftsentwicklung der vorangegangenen Jahre wurde insbesonders der Arbeitsplatzsicherung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt und zur Bekämpfung konjunktureller Beschäftigungsschwierigkeiten die Förderungsinstrumente der §§ 27 und 35 AMFG eingesetzt. Nachstehende Aufwendungen wurden unter anderem hiefür getätigt:

Konjunkturelle oder einzelbetriebliche Beschäftigungsschwierigkeiten
(P 31)

	geförderte Personen bzw. gesicherte Arbeitsplätze	in Mio. S
1983	17.600	123,8
1984 *)	1.417	10,5

*vorläufiges Ergebnis

- 41 -

Der hohe Stand im Vorjahr ist bei Programm 31 auf die Kurzarbeit zurückzuführen, die im folgenden Jahr erheblich abgebaut werden konnte.

Kurzarbeitsbeihilfe

(TP 312)

	bewilligte Begehren	von Kurzarbeit betroffene Personen	geförderte Ausfallstunden	in Mio. S
1983	22	15.266	1,687.816	50,1
1984 *)	4	1.014	98.368	4,0

*) vorläufiges Ergebnis

Wintermehrkostenbeihilfe (PAF)

(TP 322)

	geförderte Personen bzw. gesicherte Arbeitsplätze	in Mio. S
1983	4.263	26,5
1984 *)	4.061	31,5

*) vorläufiges Ergebnis

Unterbringung von Jugendlichen

Die Bemühungen um die Unterbringung Jugendlicher im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Jugendprogrammes bildeten in den vergangenen Jahren jeweils einen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik. Hierfür wurden unter anderem nachstehende Aktivitäten gesetzt:

- 42 -

Laufende Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge
(TP 411)

	bewilligte Begehren			in Mio. S
	männl.	weibl.	insgesamt	
1983	351	209	560	3,3
1984 *)	311	186	497	3,3

*) vorläufiges Ergebnis

Einmalige Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge
(TP 412)

	bewilligte Begehren			in Mio. S
	männl.	weibl.	insgesamt	
1983	538	219	757	0,9
1984 *)	460	201	661	1,0

*) vorläufiges Ergebnis

Die zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen getätigten Aufwendungen er-suche ich der Beilage VII zu entnehmen.

Das Aktionsprogramm zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkei-ten im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramms 1984, das die Integration von Jugendlichen und Arbeitslosen mit längerer Vormerk-dauer anstrebte, sah folgende Maßnahmen vor:

- Förderung der betrieblichen Ein-, Nach- und Umschulung sowie der Ar-beitserprobung des Arbeitstrainings und der Berufsvorbereitung gem. § 19 Abs. 1 lit. b in Verbindung mit § 21 Abs. 2 AMFG;

- Förderung von arbeitslosen Personen gem. § 27 Abs. 1 lit. a in Verbin-dung mit § 28 Abs. 4 lit. a AMFG;

- 43 -

- Förderung von Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen gem. § 35 Abs. 1 lit. a in Verbindung mit § 36 Abs. 4 lit. b AMFG;

Zu diesen drei Teilprogrammen wurden im Zeitraum Jänner bis Oktober 1984 1.060 Personen gefördert.

Allgemeine und besondere Sozialhilfe

a) Invalideneinstellungsgesetz (Zuschüsse aus den Ausgleichstaxfonds für Personen bzw. Institutionen):

	<u>XVI. GP (1983)</u>
	in Mio. S
Subventionen für Behinderteneinrichtungen	0,056
Subventionen für KOV-Heime	0,335
Zuschüsse für Behinderte und deren Dienstgeber	12,710
Erholungsfürsorgemaßnahmen für Kriegsopfer	2,273
Fürsorgemaßnahmen für Kriegsopfer	1,665

b) Kriegsopferversorgung:

Heilfürsorge	14,530
Berufliche Ausbildung	0,260
Orthopädische Versorgung	16,629
Versorgungsgebühren	888,306

c) Heeresversorgung:

Versorgungsgebühren	7,556
---------------------	-------

(Leistungen für Heilfürsorge, Berufliche Ausbildung und Orthopädische Versorgung sind im Rahmen der Kriegsopferversorgung enthalten).

d) Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:

Ersatzleistungen	0,478
------------------	-------

- 44 -

Leistungen im Rahmen der Opferfürsorge und Kleinrentnerentschädigung sind für das Bundesland nicht gesondert feststellbar, weil der Aufwand nur für das gesamte Bundesgebiet erfaßt wird.

Es ist in Aussicht genommen, im Bundesland Oberösterreich eine nach § 11 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 geförderte geschützte Werkstätte, in der Behinderte einen Arbeitsplatz finden sollen, zu errichten. Die Kosten für die Bauführung – es sollen rund 100 Arbeitsplätze geschaffen werden – werden rund 80 Mio. S betragen, die je zur Hälfte vom Bundesland Oberösterreich und vom Bund aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds aufgebracht werden. Die Planungs- und Vorarbeiten haben bereits begonnen.

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport

Für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Lehrmitteln und Geräten wurde für die allgemeinbildenden höheren Schulen im Berichtszeitraum ein Betrag von S 16,224.764,54 aufgewendet. Für den Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen wurde für diesen Zeitraum ein Betrag von S 81,112.974,52 zur Verfügung gestellt.

In diesen Zahlen sind die Neueinrichtungen des Bundesrealgymnasiums Linz-Süd, des Bundesrealgymnasiums Linz, Khevenhüllerstraße und die Generalsanierung des Bundesoberstufenrealgymnasiums Linz, Honauerstraße, enthalten.

In der XVI. Gesetzgebungsperiode ist noch die Neueinrichtung der naturwissenschaftlichen Unterrichtsräume am Bundesgymnasium Freistadt, der Verwaltung und der naturwissenschaftlichen Unterrichtsräume am Bundesrealgymnasium Linz, Hamerlingstraße sowie die Neueinrichtung der naturwissenschaftlichen Unterrichtsräume am Bundesrealgymnasium Linz, Fadingerstraße, geplant.

Weiters ist die Neueinrichtung des Bundesgymnasiums und Wirtschaftskundlichen Bundesrealgymnasiums Linz sowie der Zubau des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Traun und des Bundes-Oberstufenrealgymnasiums Bad Leonfelden in Aussicht genommen.

- 45 -

Für 1985 ist die Ausstattung jener AHS mit Datenverarbeitungsanlagen geplant, die noch keine solche Anlage besitzen.

In Oberösterreich wird eine Höhere Internatsschule des Bundes Schloß Traunsee - Gmunden geführt. Für sie wurde im Jahre 1982: S 13,266.300,-- (für Neuabu davon S 6,000.000,--) Jahre 1983: S 6,678.400,-- (für Neubau davon S 1,000.000,--) Jahre 1984: S 6,476.500,--, somit insgesamt ein Betrag von S 26,421.200,-- aufgewendet.

Ein guter Teil dieser Aufwendungen ist durch die Einkünfte aus den Platzgebühren abgedeckt. Eine echte Leistung stellen die S 7,000.000,-- in diesem Zeitraum für den Neubau dar.

Für mittlere und berufsbildende Lehranstalten wurden in den Jahren 1983 und 1984 folgende Zuweisungen durchgeführt:

Anlagen	rd.	69,54 Mio. S
Aufwendungen	rd.	186,73 Mio. S

Die Anlagenanschaffungen für die Pädagogische Akademie, das Pädagogische Institut und die Berufspädagogische Akademie betrugen im Jahre 1983 675.711,-- S, für weitere Anschaffungen sind im Jahre 1984 Kredite in der Höhe von 1,092.000,-- S vorgesehen.

Die Anlagenanschaffungen für die Bundesbildunganstalten für Kindergarteninnen im Bundesland Oberösterreich betrugen im Jahre 1983 2,410.535,-- S, für weitere Anschaffungen sind im Jahre 1984 Kredite in der Höhe von 1,065.000,-- S vorgesehen.

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden im Jahr 1983 6,046.940,-- S an diverse Einzelpersonen und Institutionen auf dem Gebiet der bildenden Kunst, der Musik und darstellenden Kunst, der Literatur und des Filmwesens überwiesen.

Im Jahr 1984 werden es rd. 5,500.000,-- S sein und für die Jahre 1985 bis 1987, vorausgesetzt, es stehen die Förderungsmittel ungekürzt zur Verfü-

- 46 -

gung, kann ein ebenso hoher Betrag wie in den vergangenen Jahren angenommen werden.

Für Erwachsenenbildung wurde verschiedenen Institutionen (OÖ Volksbildungswerk, Bildungszentrum Stift Reichersberg, Gemeindebüchereine, Arbeitsgemeinschaft der Bildungsheime OÖ u.a.) im Jahre 1983 rd. 3,65 Mio. S und im Jahre 1984 rd. 3,74 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Aus Mitteln der Sportförderung wurden Vereine, Sportanlagen etc. im Jahre 1983 mit 8,265 Mio. S gefördert. Die Förderungen im Jahre 1984 werden 8,9 Mio. S betragen.

Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Österreichische Bundesbahnen

Personenfernverkehr

Das Verkehrsangebot wurde und wird laufend unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessenvertretungen erstellt und den allgemeinen Verkehrsbedürfnissen angepaßt. Das Angebot für den Berufsfahrerverkehr wurde durch die Schaffung einer neuen Eilzugsverbindung von Attnang-Puchheim nach Salzburg erweitert.

Durch eine neue Frühverbindung von Wien nach Salzburg wird einem oftmals geäußerten Wunsch von Geschäftsreisenden Rechnung getragen.

Nahverkehrsvorhaben "Umbau des Linzer Hauptbahnhofs"

Der Umbau des Linzer Hauptbahnhofs als Schnittpunkt sämtlicher Nahverkehrsachsen im oberösterreichischen Ballungsraum schreitet zügig voran. Das Gesamtinvestitionserfordernis beträgt - auf Preisbasis 1.1.1979 - rd. 1,2 Mrd. S. Der gesamte Umbau wird voraussichtlich im Jahr 1988 abgeschlossen sein.

Nahverkehrsvorhaben Linz - Traun

Um eine verbesserte schienemäßige Anbindung des südlichen Nahbereichs von Linz an die Landeshauptstadt und an das Industriezentrum zu erreichen, wird derzeit der Streckenabschnitt Linz - Traun nahverkehrsgerecht ausgebaut. Das Gesamtinvestitonserfordernis beträgt - auf Preisbasis 1.1.1979 - rd. 354 Mio. S. Die Aufnahme des Taktverkehrs auf diesem Streckenabschnitt ist bereits für den Sommerfahrplan 1985 vorgesehen.

Nahverkehrsvorhaben Traun - Nettingsdorf

Über dieses Nahverkehrsprojekt sind zur Zeit konkrete Gespräche zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und dem Land Oberösterreich im Gange. Der Abschluß eines diesbezüglichen Nahverkehrsübereinkommens wird noch im Laufe des Jahres 1985 erwartet.

Mit dem nahverkehrsgerechten Ausbau des Streckenabschnittes Traun - Nettingsdorf könnte im Jahre 1986 begonnen werden.

Nahverkehrsvorhaben Linz - Summerau

Hinsichtlich der Verbesserung des schienengebundenen Nahverkehrs auf der Strecke Linz - Summerau fanden 1984 erste Gespräche zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und dem Land Oberösterreich statt, um die Wünsche Oberösterreichs in bezug auf diesen Nahverkehrsausbau zu konkretisieren.

Kraftwagenpersonenverkehr

Das Verkehrsangebot in Oberösterreich wurde bzw. wird durch die Einführung neuer Schnellkurspaare und durch Erweiterungen der bestehenden Verkehrsverbindungen ständig verbessert, wobei auf die Wünsche der Interessenvertretungen besonders Bedacht genommen wird.

In den Jahren 1983 und 1984 wurden für den Bereich des Bundeslandes Oberösterreich 16 moderne Omnibusse im Wert von rd. 30,5 Mio. S in Dienst gestellt; die Anschaffung weiterer 12 Omnibusse im Wert von rd. 23,5 Mio. S ist geplant.

- 48 -

Güterverkehr

Im Interesse der oberösterreichischen Wirtschaft und zur vermehrten Inanspruchnahme der Schiene für den Güterverkehr werden bzw. wurden im Schienengüterverkehr zahlreiche Verbesserungen vorgenommen. So wurden unter anderem neue Güterzug-, Güterschnellzug- bzw. Gütereilzugverbindungen von Linz in die BRD, nach Skandinavien und in die DDR eingerichtet. Ebenso wurden weitere Nachtsprungverbindungen geschaffen. Für die Fahrplanjahre 1984/85 und 1985/86 ist unter anderem die Einrichtung zusätzlicher TEEM-Verbindungen über Linz vorgesehen. Weiters werden bzw. werden Zugpaare für den internationalen Kombinierten Verkehr eingeführt; insbesondere auf den Strecken Linz - Passau - Köln - retour sowie Linz - Passau - Wuppertal-Langenfeld - retour (für Sattelauflieger und Wechselaufbauten).

Anschlußbahnen

Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode wurden in Oberösterreich von den Österreichischen Bundesbahnen 25 Anschlußbahnvorhaben mit einem Betrag von rd. 19,4 Mio. S gefördert; 7 weitere Förderungsanträge sind bei den Österreichischen Bundesbahnen derzeit in Bearbeitung. Die Gesamtherstellungskosten aller bisher geförderten Vorhaben - und damit auch die Wertschöpfung für die Bauwirtschaft - betragen rd. 52 Mio. S.

Leistungen baulicher und technischer Art

In der laufenden Legislaturperiode wurden in Oberösterreich für Bauvorhaben und zum Ausbau der Sicherungs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie für elektrotechnische Anlagen rd. 1,4 Mrd. S bereitgestellt. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ist mit einem Investitionsaufwand von etwa 1,8 Mrd. S zu rechnen.

All diese Investitionsbeträge flossen bzw. fließen vorwiegend der heimischen Wirtschaft zu. Sie bringen eine ernebliche Verbesserung der Verkehrsbedienung und schaffen moderne Infrastrukturen von bleibendem Wert. Sie tragen damit wesentlich zur Stabilisierung der Beschäftigungslage in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen bei.

- 49 -

Lieferaufträge

Weiters darf angeführt werden, daß seit Beginn der XVI. Gesetzgebungsperiode an Firmen des Bundeslandes Oberösterreich zur Beschaffung von Waren Lieferaufträge in der Höhe von insgesamt rd. 454 Mio. S erteilt wurden. Die Österreichischen Bundesbahnen haben auch damit einen Beitrag zur Sicherung der in Oberösterreich befindlichen Arbeitsplätze geleistet. Sie werden bis zum Ende der XVI. Gesetzgebungsperiode weitere Lieferaufträge in bedeutender Höhe vergeben.

Post- und Telegraphenverwaltung

Postdienst

Um eine weitere Verbesserung der Zustellhäufigkeit und des Serviceangebots in den Landzustellbezirken Oberösterreichs erreichen zu können, wurde bzw. wird eine intensive Motorisierung des Landzustelldienstes (Ausstattung mit zweispurigen Kfz) durchgeführt. Ebenso wird – wie schon bisher – die Paketzustellung und die Postzu- und -ableitung durch den zusätzlichen Einsatz von Kraftfahrzeugen weiter verbessert werden.

In der Stadt Steyr wurde im Bereich des Bahnhofs ein Neubau für die Unterbringung eines Aufgabe- und Zustellpostamtes (das die Bezeichnung "4400 Steyr" führen wird) errichtet.

Das neuerrichtete Postamt "4400 Steyr" soll bereits im Jahr 1985 in den Paketbehälterverkehr, der eine raschere und rationellere Beförderung des Postguts ermöglicht, einbezogen werden.

Postautodienst

In den Jahren 1983 und 1984 wurden für den Bereich des Bundeslandes Oberösterreich insgesamt 43 neue Großraumomnibusse im Wert von insgesamt 84,6 Mio. S angeschafft. Für die Jahre 1985 und 1986 ist die Anschaffung von insgesamt 47 weiteren Großraumomnibussen im Wert von rd. 101,2 Mio. S vorgesehen. Bei praktisch all diesen von der Post- und Telegraphenverwaltung angekauften bzw. anzukaufenden Omnibussen handelt es sich um österreichische Produkte.

- 50 -

Um die Verkehrsinfrastruktur weiter zu verbessern und um die Linien- und Kursführung den vorhandenen Verkehrsbedürfnissen anzupassen, wurden zahlreiche Linienerweiterungen und Kursverbesserungen - insbesondere für den Bereich des Schüler- und Berufsverkehrs - durchgeführt.

Fernmeldedienst

Durch einen entsprechenden Ausbau der Telefonzentralen wurde bzw. wird der gesteigerten Nachfrage nach Telefonanschlüssen sowie den zu erwartenden Verkehrssteigerungen entsprochen. Die Dichte der Fernsprechhauptanschlüsse erhöhte sich bis Anfang Dezember 1984 im Bundesland Oberösterreich auf rd. 29,6 pro 100 Einwohner (Gesamtstand: 377.193 Fernsprechhauptanschlüsse). Die zügig weitergeführte Einbeziehung von Ortsnetzen in den interkontinentalen Selbstwählfernverkehr wird Mitte 1985 zum Abschluß gebracht werden. Im Laufe des Jahres 1986 werden die technischen Einrichtungen für bundesweite Einheitskurzrufnummern - insbesondere für die Verständigung der Notdienste (Feuerwehr, Polizei, Rettung) - betriebsbereit sein.

Für die Einbindung der ersten digitalen Vermittlungszentrale in Linz werden bis zum Jahr 1987 digitale Koaxialkabelsysteme mit einer Kapazität von 7.680 Leitungen zwischen Wien und Linz bzw. zwischen Linz und Salzburg errichtet werden. Im Jahr 1984 wurden bereits Untersuchungen zur Ermittlung geeigneter Standorte für die Errichtung von Erdefunkstellen zum Empfang von Satelliten-TV-Programmen in den Räumen Linz und Vöcklemarkt durchgeführt.

Die Ausbaumaßnahmen für das Autotelefonnetz B wurden bereits abgeschlossen, sodaß das Bundesland Oberösterreich - abgesehen von Teilen des Mühlviertels - vollständig versorgt ist. Im November 1984 wurde das für die Teilnehmer kosten- und leistungsgünstigere Autotelefonnetz C im Ballungsraum Linz zusätzlich zum Netz B in Betrieb genommen. Im Jahr 1985 wird der Ausbau des Netzes C mit dem Ziel fortgesetzt werden, alle wesentlichen Hauptverkehrswege und Ballungszentren in die Versorgung einzubeziehen.

- 51 -

Gesamtinvestitionen

Die Investitionsausgaben für das Bundesland Oberösterreich (einschließlich Hochbau) betrugen in den Jahren 1983 und 1984 insgesamt rd. 3,3 Mrd. S.

Schiffahrt

Für die Errichtung von verkehrstechnischen Anlagen im Hafen Linz wurden in den Jahren 1983 und 1984 Bundesbeträge in der Höhe von insgesamt 5,372.320 S zur Verfügung gestellt. Für die Jahre 1985 und 1986 sind weitere Bundesbeträge in der Höhe von jeweils 2,300.000 S vorgesehen.

Luftfahrt

Der Flughafen Linz wird entsprechend dem ICAO-Regionalplan für den Allwetterflugbetrieb der Kategorie III A ausgebaut. So wurden bereits ein neues Flughafenrundsichtradar errichtet und Transmissiometeranlagen zur Messung der Pistensichtweite installiert. Im November 1984 wurden im östlichen Flughafenbereich eine Notstromversorgungsanlage sowie neue Gleitwinkelbefeuerungsanlagen errichtet. Voraussichtlich im Spätherbst 1985 werden alle noch ausständigen Arbeiten abgeschlossen sein, sodaß bereits in der Winteranflugperiode 1985/86 mit der Aufnahme des Allwetterflugbetriebs auf dem Flughafen Linz gerechnet werden kann.

Förderungsmaßnahmen

Für Vorhaben des allgemeinen Verkehrs wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode Zusnüsse in der Höhe von insgesamt 865.010 S genehmigt. Weiters wurden für das Wirtschaftsjahr 1984/85 ERP-Kredite in der Höhe von insgesamt 16,6 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Im Privatbahnbereich wurden in den Jahren 1983 und 1984 im Bundesland Oberösterreich im Rahmen von gesetzlichen Förderungen, sowie im Rahmen von Gütersubventionstarifen, Beförderungssteueräquivalenten und Stabilisierungsquoten an Förderungsmitteln des Bundes insgesamt rd. 65,9 Mio. S überwiesen. Im Rahmen des mittelfristigen Investitionsprogramms wurden in

- 52 -

den Jahren 1981 bis 1984 Förderungsmittel des Bundes in Höhe von rd. 33,4 Mio. S zur Verfügung gestellt. Für 1985 sind im Rahmen dieses Programms weitere Förderungen in der Höhe von mehr als 8 Mio. S vorgesehen.

Im städtischen Straßenbahnbereich wurden im Jahre 1983 aus der sogenannten Nahverkehrsmilliarden Förderungen in Höhe von insgesamt rd. 19 Mio. S überwiesen; im Jahr 1984 wird die Förderungssumme des Jahres 1983 wieder erreicht werden. Für die Folgejahre sind ebenfalls jeweils Förderungen in etwa der gleichen Höhe zu erwarten.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Universitäten und Hochschulen

Der Universität Linz und der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz wurden in den Jahren 1983 und 1984 (1984 bis inkl. 17.12.1984) folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

Anlagen:	1983	8,375 Mio. S	1984:	5,896 Mio. S
Aufwendungen:	1983	48,868 Mio. S	1984:	50,052 Mio. S

Für die Wetterstation Feuerkogel wurden S 476.300,-- aufgewendet.

Für Forschungsstipendien wurden folgende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt:

1983:	1 Forschungsstipendium in der Höhe von	S 54.000,--
1984:	1 Forschungsstipendium in der Höhe von	S 66.000,--

Für Studentische Vereinigungen wurden folgende Subventionsmittel zur Verfügung gestellt:

1983:	S 61.000,--
1984:	S 60.000,--

- 53 -

Förderungsausgaben – Wissenschaftliche Einrichtungen (Subventionen und Druckkostenzuschüsse)

1983: S 394.000,--

1984: S 390.000,--

Für die Zukunft ist eine Weiterführung dieser Förderungen im bisherigen Umfang nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten in Aussicht genommen.

Errichtung eines Instituts für Mikroelektronik und eines Forschungsinstituts für Mikroprozessortechnik gem. § 93 UOG:

Für die mobiliarmäßige Ausstattung und teilweise der gerätemäßigen Einrichtung des Forschungsinstituts für Mikroprozessortechnik wurden bisher S 1.993.600,-- aufgewendet.

Im Rahmen der Investitionsförderung für Studentenheime und Studentenmenssen (Errichtung, Einrichtung sowie Instandhaltung) wurde für diese Einrichtungen im Bundesland Oberösterreich seit Beginn der XVI. Gesetzgebungsperiode bis einschließlich Dezember 1984 insgesamt ein Betrag von S 7.551.000,-- zur Verfügung gestellt.

Die mit dem Ausbau der Universität Linz nahezu explosionsartig angestiegenen Anforderungen an EDVA, insbesondere auf den Gebieten der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Informatik, konnten durch viele Jahre hindurch jeweils durch günstige Käufe von gebrauchter leistungsfähiger Hardware abgedeckt werden. So konnte etwa Mitte 1983 der Arbeitsspeicher der IBM 3031 mit einem Budgetmitteleinsatz von 660.800,-- S von 2 auf 4 MByte verdoppelt werden.

Für eine Reihe von Softwarenprodukten wurden rund 70.000,-- S und für eine Bildschirmdruckereinrichtung ein Betrag von 108.800,-- S aufgewendet.

Zur Jahreswende 1983/84 wurde es möglich, als Ersatz für eine bereits völlig überlastete IBM 370/155 um den Betrag von 585.000,-- S eine weitere IBM 3031 mit 6 MByte Arbeitsspeicher anzuschaffen und mit der bereits vorhandenen Anlage zu einem Doppelprozessorsystem auszubauen.

- 54 -

Gleichzeitig wurden diverse Peripheriegeräte durch wesentlich leistungsfähigere Einheiten ersetzt.

Anfang Oktober 1984 hat die Firma IBM der Universität Linz eine IBM 4341 mit 8 MByte Arbeitsspeicher kostenlos überlassen. Diese Maschine modernster Technologie repräsentiert einen Gesamtwert von rd. 8 Mio. S und wird vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung um einen Betrag von 4,6 Mio. S so ausgebaut werden, daß die Kapazität dieses Rechners zur Verfügung gestellt und der breit gestreute EDV-Bedarf an der Universität Linz für die nächsten Jahre abgedeckt werden kann.

Die Universität Linz verfügt damit über jeweils eine bundeseigene systemisierte EDV-Anlage der Type D und der Type C. Für den laufenden Betrieb dieser Anlagen werden im Jahre 1985 rd. 8,5 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Forschungsförderung

Im Rahmen der Kooperation des Bundes mit den Bundesländern auf dem Gebiete der Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung gelangten in den Jahren 1983 und 1984 insgesamt ca. 40 Projekte zur kooperativen Förderung. In den Projektbereichen der Lagerstättenforschung, bundesweiten Basisaufnahmen, Naturraumpotential, biogene Rohstoffe und Nahrungsmittelgrundstoffe gelangten in diesem Zeitraum 19 Projekte zur Durchführung.

Im Jahre	LG	AF	Sonderprogramme
1983	0,75	1,9	0,5
1984	0,13	0,7	0,75
1985 Vorplanung	0,05	1,25	0,9

(AF: Auftragsforschung, LG: Mittel zur Vollziehung des Lagerstättengesetzes, Sonderprogramme: Hydrologie Österreichs, Geophysik der Erdkruste).

Neben der Fortführung der Arbeiten auf dem Gebiet der Aufsuchung mineralischer Rohstoffe, der Weiterführung bundesweiter Basisaufnahmen (Huberschrauberphysik) und Projekten im Bereich der biogenen Rohstoffe, lag einer der Schwerpunkte des kooperativen Programmes im Berichtszeitraum

- 55 -

auf dem Gebiet der Aufsuchung unterirdischer Wasservorkommen, einem Bereich, dem seitens des Landes Oberösterreich im Berichtszeitraum verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wurde, die in der Mitfinanzierung seitens des Landes ihren Ausdruck fand.

Im Bereich der wirtschaftsbezogenen Forschung wurde die Studie "Entscheidungsgrundlagen zur regionalen, dezentralisierten Gewinnung von Rohstoffen und/oder Energie aus Hausmüll auf der Grundlage des Marktes und der Wirtschaftlichkeit", die in den Jahren 1983 und 1984 durchgeführt wurde, abgeschlossen. Die gegenständliche Studie wurde im Rahmen der Forschungskooperation Bund-Bundesland Oberösterreich durchgeführt und zur Gänze aus Mitteln der Auftragsforschung finanziert.

Ebenfalls im Rahmen der Forschungskooperation Bund-Bundesland Oberösterreich wird das Projekt "Erfassung des gesamten geothermischen Energiepotentials des oberösterreichischen Molassebeckens" (Laufzeit 1984/88) durchgeführt. Zur Finanzierung dieses Vorhabens wird seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ein Betrag von 772.500,-- S zur Verfügung gestellt. Die Bedeutung dieses Projektes liegt in der Gesamtdarstellung des geothermischen Potentials einer Region (bisher beschränkten sich die Forschungs- und Demonstrationsprojekte vorwiegend auf punktuelle geothermale Vorkommen und deren Nutzung) und in der möglichen Signalwirkung für andere Bundesländer.

Im Bereich der Energieforschung wurden bzw. werden im Rahmen der Kooperation Bund-Bundesland Oberösterreich die nachstehenden Forschungsprojekte durchgeführt:

Windenergiepotential des Bundeslandes Oberösterreich – Erweiterung der Windenergiekarte von Österreich

Errichtung von Solarmeßstationen beim Lehrerkurheim Bad Leonfelden und beim Betriebsgebäude der Firma MEA-Maschinen- und Energieanlagen GmbH.

Erzeugungs-Optimierung in Wasserkraftwerken (dieses Projekt hat die Optimierung der Erzeugung elektrischer Energie der Kraftwerksgruppe Gosau durch Erstellung eines mathematischen Modells zum Ziel, das weitgehend

- 56 -

die nichtlinearen Systeme der einzelnen betriebsbeeinflussenden physikalischen Gegebenheiten berücksichtigt.)

Scheibenradhäcksleroptimierung - Funktion - Energiebedarf (Grundlagenuntersuchung um Ermittlung von Einflußgrößen an Scheibenhäckslermaschinen im Hinblick auf optimierende Weiterentwicklung (Leistungsbedarf und Funktion) auch in Kombination mit zusätzlichen Verkleinerungseinrichtungen).

Ertragspotential der Fruchtfolgeglieder Energierübe - Weizen (Auswertung von Versuchen zur Ermittlung des Ertragspotentials rübenreicher Energiepflanzenfruchtfolgen im baltischen Klimaraum unter besonderer Berücksichtigung der Ertragsbildung des Fruchtfolgegliedes Mengenweizen).

Im Bereich des Informations- und Dokumentationswesens wurden im Jahre 1984 das Pilotprojekt "ACONET Linz" sowie "automatisches Indexing für deutschsprachige Informations- und Dokumentationssysteme" abgeschlossen. Ferner wird in Kürze ein Projekt zum Thema "Neue "normally-off" - Logik mit Verarmungs-Feldeffekttransistoren" anlaufen.

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung hat in dem die Anfrage betreffenden Zeitraum für Projekte mit Bezug auf das Land Oberösterreich insgesamt 9,46 Mio. S, der Forschungsförderungsfonds für die Gewerbliche Wirtschaft 218,9 Mio. S aufgewendet.

Im Rahmen der Auftragsforschung wurden einschließlich der Kooperationsprojekte Bund-Bundesland Oberösterreich in der laufenden Gesetzgebungsperiode 3,78 Mio. S ausgegeben.

Museen:

Die Zuschüsse des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für Museumszwecke an Träger des öffentlichen Rechtes, Unternehmungen, private Haushalte und nicht auf Gewinn berechnete Institutionen betrugen in der laufenden Gesetzgebungsperiode für Oberösterreich 1,203 Mio. S.

Beilage I

	Anz.	Kreditsumme	Investitionsvorh.	neue APlätze
ENERGIE	1	10,000.000	42,682.000	0
INDUSTRIE-GROSSKREDITE-NORMALVERFAHREN	10	366,370.000	1,940,070.000	1.050
GRENZLANDFÖRDERUNG	8	121,700.000	322,913.000	348
LANDWIRTSCHAFT	20	45,550.000	121,227.000	0
FORSTWIRTSCHAFT	4	5,080.000	7,915.000	0
FREMDENVERKEHR	4	16,300.000	22,846.000	0
SUMME	47	565,000.000	2,457,653.000	1.398

Beilage IIBundesland Oberösterreich

Aktivitäten des Bundes im Interesse des Landes

im Jahre	BVA Schätzung			
	1983	1984	1985	1986
	in Millionen S			
<u>nach FAG</u>				
Ertragsanteile an gem. Bundesabgaben einschl. Spielbankabgabe	6.885'3	7.267'4	8.201'0	8.775'1
<u>Finanzzuweisungen</u>				
EA Kopfquoten-Ausgleich	100'4	130'1	145'0	116'5
ÖBB-Betriebsstättengem.	-	-	-	-
Theater- u. Orchestergem.	-	-	-	-
Finanzkraftstärkung	-	-	-	-
Bedarfzuweisungen	-	-	-	-
<u>Zweckzuschüsse</u>				
Theaterführung	10'5	10'5	14'7	14'7
Umweltschutzförderung	7'4	7'4	10'4	10'4
Fremdenverkehrsförderung	-	-	-	-
Personenverkehrsförderung	-	-	-	-
Spielbankgemeinden	-	-	-	-
<u>nach Wohnbauförderungsgesetz</u>				
gemäß §§ 4 u. 5	2.064'9	2.185'4	2.354'8	2.520'0
gemäß § 36	33'5	29'5	31'3	32'0
Fernwärme	2'8	2'8	2'8	2'8
<u>nach Rückzahlungsbegünstigungsgesetz</u>				
gemäß § 10	85'6	-	-	-
<u>nach Wohnungsverbesserungsgesetz</u>				
gemäß § 4	33'6	33'6	16'8	18'2
Raumheizung	4'0	-	-	-
<u>nach Katastrophenfondsgesetz</u>				
für Schäden				
im Privatvermögen	0	6'0	*)	*)
im Vermögen d. Länder	13'7	10'7	*)	*)
im Vermögen d. Gmdn.	-	-	-	-
f. Einsatzgeräte d. Feuerwehren	15'2	15'6	16'0	17'0
Bundessonderwohnbaugesetz	5'4	25'4	*)	*)

*) kann derzeit nicht geschätzt werden

Beilage IIIBundesland Oberösterreich

Aktivitäten des Bundes im Interesse der Gemeinden

im Jahre	1983	1984	BVA	Schätzung
			1985	1986
in Millionen				
<u>nach FAG</u>				
Ertragsanteile an gem. Bundesabgaben einschl. Spielbankabgabe	4.845'3	5.133'7	5.641'1	6.036'0
<u>Finanzzuweisungen</u>				
EA Kopfquoten-Ausgleich	-	-	-	-
ÖBB-Betriebsstättengem.	10'2	10'2	14'3	14'3
Theater- u. Orchestergem.	2'0	2'1	2'9	2'9
Finanzkraftstärkung	-	-	85'9	91'9
Bedarfzuweisungen	5'0	5'7	*)	*)
<u>Zweckzuschüsse</u>				
Theaterführung	10'5	10'5	14'7	14'7
Umweltschutzförderung	8'0	8'0	11'2	11'2
Fremdenverkehrsförderung	3'7	8'2	11'5	11'5
Personennahverkehrsförd.	9'3	9'7	13'6	13'6
Spielbankgemeinden	1'0	1'0	1'0	1'0
<u>nach Wohnbauförderungs-</u>				
<u>gesetz</u>				
gemäß §§ 4 u. 5	-	-	-	-
gemäß § 36	-	-	-	-
<u>nach Rückzahlungsbe-</u>				
<u>günstigungsgesetz</u>				
gemäß § 10	-	-	-	-
<u>nach Wohnungsvor-</u>				
<u>besserungsgesetz</u>				
gemäß § 4	-	-	-	-
<u>nach Katastrophenfonds-</u>				
<u>gesetz</u>				
für Schäden	-	-	-	-
im Privatvermögen	-	-	-	-
im Vermögen d. Länder	-	-	-	-
im Vermögen d. Gmnd.	27'3	20'2	*)	*)
f. Einsatzgeräte d. Feuerwehren	-	-	-	-

*) kann derzeit nicht geschätzt werden

Bundesland: OBERÖSTERREICH (19. Mai 1983 bis 31. Oktober 1984)

Beilage IV

	öS	Stunden	Bedienstete	Wohnungen
1. <u>Versorgung des Bundesheeres:</u>				
a) Beschaffungen (Kraftfahrzeuge, Ersatzteile, Waffen, Munition, Sprengmittel, Maschinen, Werkzeuge, Feinmechanik, Optik, Holz, Papier, Leder, Textilbekleidung, Glas, Porzellan, Brenn-, Kraft- und Schmierstoffe)		474,248.000,--		
b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen, Fernmelde- und sonstigem Gerät) und Wartung von EDV-Anlagen		4,900.000,--		
c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)		58,000.000,--		
d) Verpflegung		82,179.000,--		
e) Reinigung von Bekleidung, Ausrüstung und Bettensorten, Aufwendungen für Jahreskreditverläge und Ausgabegenehmigungen sowie Umsätze für Soldatenheime		67,413.000,--		
2. <u>Assistenzleistungen</u> (§ 2 Abs. 1 lit. c des Wehrgesetzes 1978); <u>Hilfeleistungen</u> des Bundesheeres im Rahmen der Ausbildung:		38.514		
3. <u>Personalaufnahmen:</u>			235	
4. <u>Zuweisung von Naturalwohnungen</u> an Ressortbedienstete:				22

Bundesland: OBERÖSTERREICH (Schätzung für den Zeitraum November 1984 bis Mai 1987)

Beilage V

Versorgung des Bundesheeres:

öS

- | | |
|---|------------------|
| a) Beschaffungen (Kraftfahrzeuge, Ersatzteile, Waffen, Munition, Sprengmittel, Maschinen, Werkzeuge, Feinmechanik, Optik, Holz, Papier, Leder, Textilbekleidung, Glas, Porzellan, Brenn-, Kraft- und Schmierstoffe) | 1.254,000.000,-- |
| b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen, Fernmelde- und sonstigem Gerät) und Wartung von EDV-Anlagen | 36,000.000,-- |
| c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau) | 283,000.000,-- |
| d) Verpflegung | 180,000.000,-- |
| e) Reinigung von Bekleidung, Ausrüstung und Bettensorten, Aufwendungen für Jahreskreditverläge und Ausgabegenehmigungen sowie Umsätze für Soldatenheime | 147,000.000,-- |

Beilage VI

Zusammenstellung der Leistungen des Bundes für das Land OBERÖSTERREICH - forstliche Förderung und Neubewaldungsprojekte gem. § 18 (3) Forstgesetz 1975 - in der XVI. Gesetzgebungsperiode

Förderungsmaßnahmen	Förderungsumfang	Gesamtkosten	Bundesbeihilfe	Landesbeihilfe	1984
					1005/AB XVI. GP - Anfragebeantwortung (gescanntes Original)
Maßnahmen zur Strukturverbesserung (Neu- u. Wiederaufforstung, Bestandesumbau, Melioration und Pflege)	798 ha	21,250.463,--	6,206.000,--	28.430,--	6,536.000,--
Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung	-	-	-	-	-
Forstliche Aufklärung und Beratung	-	612.816,--	96.000,--	8.323,--	137.250,--
Forstliches Beratungswesen -LWK	4 Berater	2,470.343,--	468.000,--	-	462.000,--
Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung	36 5 km	16,859.393,--	4,556.000,--	1,015.263,--	3,709.000,--
Förderung der Erholungswirkung des Waldes	4 Projekte	1,132.788,--	393.340,--	250.000,--	152.007,--
Forstschutzmaßnahmen	97 ha	205.437,--	248.000,--	-	453.000,--
Neubewaldungsprojekte gem. § 18 (3) FG. 1975	4 ha	120.957,--	234.149,--	-	279.888,--
Summe:	-	42.652.197,--	12.201.489,--	1.302.016,--	X) 11.729.145,--

a) Für das Jahr 1984 liegen noch keine Leistungsziffern vor.

Beilage VII

**Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher
Lehrstellen**

Ausbildungsjahr	1. Lehrjahr			2. Lehrjahr			3. Lehrjahr			insgesamt		
	m.	w.	insg.	m.	w.	insg.	m.	w.	insg.	m.	w.	insg.
1982/83	140	125	265	9	7	16	2	1	3	151	133	284
1983/84	624	446	1.070	20	26	46	-	-	-	644	472	1.116
<u>in Mio. S</u>												
1982/83	3,557			0,161			0,021			3,739		
1983/84	25,020			0,304			-----			25,324		

Zur Erreichung eines höheren Frauenanteils in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil wurden im Ausbildungsjahr 1982/83 für 21 Fälle 0,298 Mio.S und im Ausbildungsjahr 1983/84 für 38 Fälle 1,02 Mio. S verausgabt.